

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Warnung vor Tiefseebergbau

Die Nichtregierungsorganisationen *MiningWatch* (Kanada) und die *Deep Sea Mining Campaign* (Australien/Papua-Neuguinea/Kanada) haben Mitte Mai ihren Bericht „Predicting the impacts of mining deep sea polymetallic nodules in the Pacific Ocean: A review of scientific literature“ publiziert. Darin werten die Autoren unter Leitung des australischen Wissenschaftlers Dr. Andrew Chin (*College of Science and Engineering*, James Cook University, Townsville) rund 250 wissenschaftliche Artikel zu den Folgen des geplanten Tiefseebergbaus im Pazifischen Ozean aus.

Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Förderung von Polymetall-Knollen (vor allem von Mangan-Knollen) vom Boden der Tiefsee aufwändig und teuer ist und Generationen dauern würde. Das Graben in der Tiefsee und die Bergung von metallhaltigen Knollen führe zu einem unumkehrbaren Artenverlust in der Tiefsee, heißt es in der 53-seitigen englischsprachigen Studie. Die Autoren legen dar, dass der Tiefseebergbau nicht zu einem wirtschaftlichen Gewinn für die Pazifikstaaten führe. Profitieren vom Bergbau würden nicht etwa einheimische Küstenbewohner, sondern multi-nationale Bergbaukonzerne.

Chin und Kollegen raten deshalb zu einem Moratorium, also einem Aufschub des geplanten Tiefseebergbaus. Zunächst müssten Risikoanalysen durchgeführt werden, welche sozialen und wirtschaftlichen Folgen die Zerstörung des Meeresgrundes durch Abbagern der Knollen habe. Die Artenvielfalt in der Tiefsee dürfe nicht bedroht werden, forderte der Wissenschaftler eindringlich. Er sagte: „*Not only will the nodule mining result in the loss of these species and damage deep sea beds for thousands of years, it will potentially result in negative conse-*

quences for the rest of the ocean and the people who depend on its health“.

Dem Ruf nach einem Moratorium haben sich die Regierungen von Fidschi, Vanuatu und Papua-Neuguinea angeschlossen.

Der kanadische Konzern *DeepGreen Metals* hat sich bereits Lizenzrechte für die Exploration von Bodenschätzen in der Tiefsee in der so genannten *Clarion Clipperton Zone* gesichert, die sich quer durch den Pazifischen Ozean über 7.000 Kilometer von Kiribati bis Mexiko erstreckt. Die Lizenzen wurden von Tonga, Kiribati und Nauru verkauft.

DeepGreen Metals drängt die *International Seabed Authority* (ISA) zu einer schnellen Entscheidung, ab wann und wie Tiefseebergbauprojekte dort starten könnten.

Der Brite Alex D. Rogers, Professor für Naturschutzbiologie und externer Berater für die Studie, hält dagegen die Tiefseetechnologie für ein Relikt der 1960er und 70er Jahre. In Zeiten einer „Blue Economy“ sei diese Technik nicht mehr zeitgemäß, da besonders umweltschädlich, so Rogers.

Info: Der Ozeanien-Dialog aus Hamburg hat diese Studie unterstützt. Sie kann deshalb kostenlos hier heruntergeladen werden: <http://www.ozeanien-dialog.de/> (*Pressemitteilung 19.05.20*, <https://miningwatch.ca/>, <http://www.deepseaminingoutofourdepth.org>)

Ocean Tribute Award geht an Coral Sea Foundation

Der mit 20.000 Euro dotierte Meerespreis „Ocean Tribute Award“ wurde am 20. Januar 2020 auf der Boot- und Wassersportmesse *boot* in Düsseldorf an die australische Nichtregierungsorganisation *Coral Sea Foundation* verliehen. Im Rahmen der „Blue Motion Night“ wurde deren Projekt „Sea Women of Melanesia“ ausgezeichnet. Gestiftet wurde das Preisgeld gemeinsam von der *boot Düsseldorf* und der *Prince Albert II of Monaco Foundation*.

In der Initiative „Sea Women of Melanesia“ werden junge Frauen aus Papua-Neuguinea, den Salomonen, Fidschi und Vanuatu speziell geschult, um rund um die großen Korallenriffe in Melanesien Meeresschutzzonen errichten zu können. Ein internationales Team von Meeresbiologen ist dabei vor Ort und bildet die Mädchen und Frauen im Tauchen, im Umgang mit Messgeräten und in der Vermessungstechnik zum Erhalt und zum Schutz der Korallen aus.

Die diesjährige Jury des *Ocean Tribute Award* betonte in ihrer Begründung, dass die „Sea Women of Melanesia“ gleich mehrere UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) erfüllen, u.a. das Recht auf Geschlechtergerechtigkeit, den nachhaltigen Schutz indigener Gemeinschaften, das Eintreten für das Klima und das Leben in der Tiefsee.

Mit dem Preisgeld wollen die Projektverantwortlichen 20 neue Meeresschützerinnen ausbilden.

(https://oceantributeaward.boot.de/de/Der_Gewinner_2020, <http://www.coralseafoundation.net/>)

Fidschianerin wird Beraterin beim Internationalen Strafgerichtshof

Eine Frau aus Fidschi ist in den Beraterstab des *Internationalen Strafgerichtshofs* (ICC) in Den Haag (Niederlande) berufen worden.

Die in Suva tätige Staatsanwältin Ana Tuiketeki Bolabiu wurde Anfang Mai in den 800 JuristInnen umfassenden Pool von Rechtsberatern am ICC gewählt.

Bolabiu hatte sich aus einer Laune heraus beworben, nachdem sie beim Durchscrollen durch die Beraterliste bemerkt hatte, dass a) kaum Frauen im Team sind und b) derzeit niemand aus Ozeanien im Beraterstab sitzt.

22 Jahre nach seiner Gründung sei es höchste Zeit, dass wieder eine pazifische Juristin zu dem internationalen Beraterteam gehöre,

erklärte Bolabiu.

Ana Bolabiu ist juristische Beraterin u.a. der fidschianischen Regierung und diverser privater Firmen. Sie unterrichtet Jura an der *School of Law* (University of Fiji) und unterhält ihre eigene Kanzlei. Dazu ist sie in vielen Gremien und Aufsichtsräten vertreten. Außerdem ist sie eine der beiden Frauen weltweit (und die einzige aus Fidschi), die als offizielle Rechtsberaterin des Weltrugbyverbandes tätig ist.

Ana Bolabiu ist verheiratet mit dem Unternehmer, Rugby-Schiedsrichter und Rugby-Lehrer James Bolabiu.

Info: In der langjährigen Geschichte des ICC gab es bereits drei PazifikinsulanerInnen am Gericht in Den Haag: Der Samoaner Tuiloma Neroni Slade war von 2003 bis 2006 Richter am Strafgerichtshof. 2003 leitete der indofidschianische Politiker Jai Ram Reddy das internationale Tribunal über die Gewaltverbrechen im afrikanischen Ruanda.

2014 wurde die Indu-Fidschianerin Nazhat Shameem Khan zur Botschafterin Fidschis bei den Vereinten Nationen in Genf ernannt. Aus dieser Funktion heraus erhielt die Juristin eine beratende Funktion in der Abteilung „Gender and Violence“ am ICC. (<https://fijisun.com.fj/2019/04/28/meet-ana-tuiloketei/>, Fiji Village 06.05.20, Radio NZ Intern. 05.05.20, Wikipedia)

NDC Hub in Suva eröffnet

Bereits im Februar hat der fidschianische Premierminister Voreque Bainimarama in Suva (Fidschi) das *Regional Pacific Nationally Determined Hub Office* (NDC Hub) eröffnet. In den nationalen Klimabeiträgen (*Nationally Determined Contributions*, NDC) sind genaue Ziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels festgelegt. Auf die Eröffnung eines pazifischen Regionalbüros hatte sich Fidschi mit den anderen Pazifikstaaten im Rahmen der 23. UN-Klimakonferenz 2017 in Bonn geeinigt.

Die Regierung von Fidschi erhält im Rahmen von *NDC-Assist* fachliche Beratung in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und alternative Landnutzungskonzepte und wird so bei ihrem Bestreben unterstützt, die NDC zu überarbeiten und zu erweitern.

Deutschland, Großbritannien und Australien haben den Aufbau des pazifischen NDC Hub gemeinschaftlich mit 2,2 Millionen Euro finanziert. Zur Deckung der Folgekosten hat Deutschland in diesem Jahr weitere 5 Millionen Euro zugesprochen. Neuseeland hat sich mit 1,5 Millionen NZ-Dollar der Ko-Finanzierung angeschlossen.

Der Hub plant und koordiniert Maßnahmen der nationalen Klimabeiträge von 15 pazifischen Staaten. Umgesetzt werden die Maßnahmen dann regional durch die vier Kooperationspartner: GIZ, Pacific Community, Global Green Growth Institute und Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme.

Info: Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH arbeitet seit 1977 in den Staaten der pazifischen Inselregion. Seit 2011 unterstützt die GIZ die 15 Regierungen der pazifischen Gemeinschaft SPC auf verschiedenen Wegen dabei, sich besser auf die Folgen des Klimawandels einzustellen. Auftraggeber des Projekts sind die Europäische Union und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Büro der GIZ befindet sich auf dem Campus der Pacific Community in Nabua (Suva). (*Pressemitteilung SPV 06.02.20*, <https://www.giz.de/de/weltweit/363.html>)

UN-Komitee tagt in Samoa

Erstmals in seiner Geschichte hat der *Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes* außerhalb von Genf (Schweiz) getagt. Da es bei der März-Sitzung des Komitees um die Rechte pazifischer Kinder ging, hatte sich das Komitee zu einer mehrtägigen Konferenz vor Ort entschieden. Vom 2. bis 6. März waren UN-

Verantwortliche, Ausschussmitglieder, Vertreter pazifischer Kinderrechte-Organisationen und auch Kinder selber in Apia (Samoa) zusammengekommen, um zu überprüfen, ob und wie die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in den Cook-Inseln, Mikronesien und Tuvalu gelungen ist. Außerdem wurde die für nächstes Jahr geplante Überprüfung zu den Maßnahmen für Kiribati vorbesprochen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Luis Pedernera, zeigte sich begeistert von den Möglichkeiten des analogen Treffens. Seit 2016 habe es bereits sechs Überprüfungskonferenzen zum Stand der Kinderrechte im Pazifik gegeben, doch alle hätten über Online-Konferenzen stattgefunden. Betroffene Kinder habe man so gar nicht zu Wort kommen lassen können. Umso mehr hatten Kinder und Jugendliche bei der März-Sitzung des Ausschusses die Möglichkeit, in Vorträgen und Diskussionsrunden auf ihre Rechte hinzuweisen und diese einzufordern.

Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi erklärte, das Treffen der hochrangigen UN-Vertreter habe die Sichtbarkeit der Kinderrechtskonvention in Ozeanien erhöht. Die pazifischen Kinder hätten es verstanden, auf Augenhöhe mit den Mitgliedern des UN-Ausschusses zu sprechen.

Ausschussvorsitzender Pedernera meinte, der Aufenthalt seines Teams auf Samoa habe den Mitgliedern des Ausschusses die Augen geöffnet für die Lebenswirklichkeit der Kinder auf den pazifischen Inseln, ihren Möglichkeiten und auch ihren Gefährdungen. (*Pressemitteilung Pacific Community 06.03.20*, <https://www.ohchr.org/en/hrbodies/crc/pages/crcindex.aspx>)

SPC veröffentlicht Handlungsanweisung

Die *Pazifische Gemeinschaft* (South Pacific Community, SPC) hat eine Art Bedienungsanleitung

(„Tool Kit“) für den privaten Sektor im Umgang mit (Natur-) Katastrophen herausgegeben.

Die Anleitung richtet sich an kleine und mittelständische Unternehmen in Ozeanien und macht Vorschläge, wie die Unternehmen in Zeiten von Krisen und Katastrophen nicht bankrottgehen und lokale Gemeinschaften mit ihren Rücklagen aus Privatwirtschaft sogar noch stärken können.

Das so genannte „Private Sector Toolkit“ erschien als bebilderte Broschüre in sechs Sprachen (iTaukei, Hindi, Samoanisch, Bislama, Tok Pisin und Marshalle-sisch) und wurde zur weiteren Verteilung an die Mitglieder der *Pacific Islands Private Sector Organisation* (PIPSO) übergeben. (SPC Pressemitteilung 16.12.19)

Britischer Diplomat vermisst

Seit dem 6. Mai 2020 wird der britische Diplomat Richard Morris vermisst. Er war am Morgen von seinem Haus in Bentley in der Grafschaft Hampshire (Süd-England) zu einer Joggingrunde aufgebrochen und von dieser Tour nicht nach Hause zurückgekehrt.

Der 52-jährige Morris war im Oktober vergangenen Jahres zum neuen britischen Botschafter für Fidschi ernannt worden. Er sollte sein Amt am 1. Juli antreten. Zuvor war er von 2015 bis 2019 britischer Botschafter in Nepal.

Morris ist seit 1992 verheiratet, er hat drei Kinder. Zu seinen Hobbies zählen u.a. Marathonläufe.

Aufgrund einer markanten Pigmentstörung auf der linken Gesichtshälfte setzte sich Morris auch als Sonderbotschafter für die britische Nichtregierungsorganisation „Changing Faces“ ein, deren Ziel es ist, Vorurteile gegenüber Menschen mit sichtbaren Hautveränderungen zu bekämpfen. (<http://www.farnhamherald.com/article.cfm?id=139885>, *The Times UK* 12.05.20, <https://www.gonemissing.co.uk/richard-morris>, *BBC News* 12.06.20)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Staatliche Unterstützung in Corona-Pandemie

Das Kabinett von Papua-Neuguinea hat Mitte Mai weitere 600 Millionen Kina (200 Mio. Euro) Soforthilfe für die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie bewilligt. Bereits zuvor hatte das Kabinett unter Premierminister James Marape staatliche Hilfen in Höhe von 5,7 Milliarden Kina zugesagt, um die Wirtschaft des Landes durch dieses „Economic Stimulus Package“ in der „Nach-Corona-Zeit“ wieder anzukurbeln. Schatzmeister Ian Ling-Stuckey erklärte, die bewilligten Hilfen seien sogar um 100 Millionen Kina höher als von ihm erwartet.

Die Gelder fließen vor allem in den Gesundheitssektor. So sollen damit u.a. Hygienemaßnahmen an versammlungsträchtigen Orten wie Kirchen, Märkten und Schulen umgesetzt werden. Außerdem soll mehr Schutzkleidung angeschafft werden. 60 Millionen Kina gehen weg zur Stärkung der Polizei und des Militärs, die während des nationalen Notstands im Land für Recht und Ordnung sorgen müssen. Mit 73 Millionen Kina sollen zehn neue Grenzübergänge nach Indonesien geschaffen werden, um illegale Einwanderung besser kontrollieren zu können. Mit 15 Millionen Kina soll die Rückholaktion im Ausland gestrandeter neuguineischer Staatsbürger finanziert werden. (*PNG Today* 13.05.20, <https://home.kpmg/xx/en/home/insights/2020/04/papua-new-guinea-government-and-institution-measures-in-response-to-covid.html>)

Wiedereinbürgerung von 123 Neuguineern

Im Mai wurden 123 neuguineische Staatsbürger aus der indonesischen Provinz Papua zurück nach Papua-Neuguinea gebracht. Die Rückführung der Neuguineer ge-

schah im Rahmen von Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Indonesien wollte die neuguineischen Staatsbürger rasch ‚loswerden‘. Die Einwanderungsbehörden beider Staaten hatten sich darauf geeinigt, die 123 Menschen nach Vanimo, Grenzstadt zur Provinz Westpapua in der neuguineischen Provinz West Sepik, zu bringen, wo sie zunächst in einem leerstehenden Gebäude 14 Tage in Quarantäne mussten.

Beim überwiegenden Teil der Rückkehrer handelte es sich um Straftäter, die im Gefängnis von Jayapura wegen geringfügiger Verbrechen wie etwa illegaler Einreise saßen. Die indonesische Strafvollzugsbehörde hatte die Gefängnisstrafe erlassen aus Sorge, die Insassen könnten sich in den überfüllten Gefängnissen in unsicheren hygienischen Bedingungen mit COVID-19 infizieren.

Mit Datum 30. Juni gab es in Papua-Neuguinea 11 Corona-Infizierte, jedoch keine Todesfälle. Nach Angaben der offiziellen indonesischen Regierungsseite gibt es 1.249 Infizierte in der Provinz Papua und 209 in der Provinz Papua Barat. 55.092 Corona-Fälle (davon 2.805 Tote) sind es insgesamt in Indonesien. (*Radio NZ Intern.* 08.05.20, *Johns Hopkins University Corona Map*)

10 neue Grenzübergänge

Generalmajor Gilbert Toropa, Oberkommandierender der neuguineischen Streitkräfte PNGDF (*Papua New Guinea Defence Force*), hat sich bei der Regierung unter Premierminister James Marape für die Zusage einer Mittelbereitstellung in Höhe von 73 Millionen Kina (~ 18,4 Mio. Euro) bedankt. Mit dem Geld sollen zehn offizielle Grenzübergänge an der Grenze zwischen Papua-Neuguinea und der indonesischen Provinz Papua (Westpapua) errichtet werden.

Erstmals seit der Unabhängigkeit PNGs im Jahr 1975 stelle der Staat Gelder für den Bau offizieller Grenzübergänge zur Verfügung,

zeigte sich der Generalmajor dankbar. Mit den so genannten „Border Outposts“ kehre ein Stück weit Ruhe in den bisherigen (oftmals illegalen) Grenzübertritt ein. Wenn Menschen sicher und kontrolliert über die Staatsgrenze gelangen könnten, hebe das auch das Image des Staates, so der Militärkommandant. Das an den Grenzübergängen eingesetzte Personal werde dann auch die Einfuhr von Drogen und Waffen besser kontrollieren können, sagte Toropo. (PNG Today 13.05.20, Post-Courier 14.05.20)

Gynäkologe warnt vor Schwangerschaft bis 2022

Professor Glen Mola, Leiter der Abteilung für Geburtshilfe und Gynäkologie am *General Hospital* in Port Moresby, hat Frauen in Papua-Neuguinea dazu geraten, möglichst bis Ende 2022 nicht schwanger zu werden. Schon ohne die Gefahren durch die Corona-Pandemie könnten viele Frauen bei Komplikationen in der Schwangerschaft aufgrund geographischer Isoliertheit, mangelnder Vorsorgeuntersuchungen und mangelnder Kapazitäten in den wenigen Kliniken des Landes nicht ausreichend betreut werden. Derzeit müssten sich alle Krankenhäuser auf eine Verbreitung des Corona-Virus einstellen und man könne die Versorgung von Frauen mit komplizierten Schwangerschaften bis auf Weiteres noch weniger als bisher gewährleisten.

Dem dringenden Appell auf einen Verzicht der Schwangerschaft in den nächsten zwei Jahren schloss sich David Ayres an. Er ist Direktor der Nichtregierungsorganisation „*Maries Stopes International*“, der größten Organisation für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung in PNG. Je mehr Corona-Fälle es in PNG gebe, desto weniger Kapazitäten gebe es zur Betreuung Schwangerer, warnte Ayres.

Dr. Vijay Roach vom *Royal Australian and New Zealand College of Obstetricians and Gynaecologists* erklärte, Studien hätten zwar ge-

zeigt, dass Mütter das Virus auf ungeborene Babys weitergeben könnten. Allerdings erkrankten die Ungeborenen nicht im Mutterleib mit Symptomen und es gebe auch keinen Hinweis darauf, dass eine Corona-Infektion von Mutter und Kind den Geburtsvorgang an sich verkompliziere.

Mit Stand 29. Juni waren für PNG 11 Corona-Fälle gemeldet. (NZ Herald 29.06.20, <https://rancog.edu.au/statements-guidelines/covid-19-statement/information-for-pregnant-women>)

Regierung verweigert Lizenz-Verlängerung

Das Kabinett von Papua-Neuguinea hat am 24. April nach Beratungen mit dem unabhängigen *Mining Advisory Council* den im Juni 2017 gestellten Antrag des kanadischen Bergbauunternehmens *Barrick Limited* auf Verlängerung der *Special Mining Lease* für die Porgera-Mine überraschend abgelehnt. Die Lizenz endete im August 2019.

Die Entscheidung, die Bergbaulizenz nicht um weitere 20 Jahre bis 2039 zu verlängern, hatte Premierminister James Marape bekanntgegeben und dabei auf die Umweltbelastungen durch Minenabraum und unlösliche Landstretigkeiten hingewiesen. Marape sagte in Richtung Barrick und dessen Partner und Anteilseigner *Zijin Mining* aus China (ZM hält ebenso wie Barrick 47,5 % Aktienanteile), die Regierung werde Barrick bei der Entwicklung eines Ausstiegsszenarios nach Lizenzende unterstützen.

Barrick hatte sich daraufhin an den Obersten Gerichtshof in Port Moresby gewandt und gegen den Kabinettsbeschluss geklagt. Das Gericht wies die Regierung an, erneut mit Barrick über eine Lizenzverlängerung zu beraten. Für die Gespräche stellt das Gericht einen Mediator zur Verfügung.

Info: Die Porgera-Goldmine ist eine Gold- und Silbermine in der Provinz Enga im Hochland. Das Bergwerk liegt etwa 130 km west-

lich der Stadt Mount Hagen und 600 km nordwestlich von Port Moresby. Die Produktion des Bergwerks macht ca. 10 % des Exports von Papua-Neuguinea aus und hat eine tägliche Förderkapazität von 210.000 Tonnen Gestein, das entspricht 76 Millionen Tonnen pro Jahr. 2019 wurden 250.000 Unzen Gold gefördert. Die Mine wird seit 30 Jahren betrieben und gehört zu den zehn größten Goldbergwerken der Welt.

Traditionelle Landeigner, die Provinzregierung von Enga und die Regierung halten 5 % Anteile an der Mine, in der zurzeit 3.300 Menschen beschäftigt sind, von denen rund 2.650 nach Angaben von Barrick bei einem Ausstieg aus dem Bergbau von Arbeitslosigkeit bedroht sind. (PNG Business News 28.04.20, <https://www.barrick.com/news/news-details/2020/barrick-niugini-limited-challenges-non-extension-of-special-mining-lease/default.aspx>, *Australian Mining* 25.06.20, <https://www.mining.com/court-orders-png-to-negotiate-porgera-permit-with-barrick/>)

Enttäuschung bei Exxon über geplatzten Gas-Deal

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat der Verdopplung der Gas-Förderkapazitäten auf dem Gasfeld in P'Nyang (Western Province) nicht zugestimmt. Das Betreiberkonsortium der Gasfelder, der US-amerikanische Mineralölkonzern *ExxonMobil* und dessen Partnerkonzerne *Total SA*, *Oil Search* und *Santos Ltd*, hatten bereits im November 2019 einen Antrag auf Erweiterung der Felder in der Blucher Range im Grenzgebiet zu Westpapua (Indonesien) eingereicht. Nach monatelangen Verhandlungen zwischen ExxonMobil und der Regierung hatte Premierminister James Marape Mitte Juni den Gas-Deal endgültig für gescheitert erklärt.

Marape sagte, *ExxonMobil* habe der Regierung keine guten und fairen Konditionen angeboten. Er persönlich sei jedoch angetreten, das Land aus der Armut zu führen und er werde es nicht länger zulassen, dass ausländische Konzerne Profite aus den Ressourcen des Landes schlügen, ohne Be-

rücksichtigung der finanziellen Interessen traditioneller Landeigner und der Regierung. Seinem damaligen Wahlversprechen „*Take back PNG*“ werde er treu bleiben, machte Marape deutlich.

Energieminister Kerenga Kua ergänzte, ExxonMobil handle in „*absolute bad faith*“ (Zitat) und sei nicht bereit, auf Forderungen der Regierung einzugehen. Exxon sei angetreten, um das Land und seine Menschen auszubeuten, beschwerte sich Kua. „*This country will no longer accept that kind of thing*“, machte Kua deutlich.

Mit den von Exxon in Aussicht gestellten Erlösen für PNG sei man nicht zufrieden. Das Gas gehöre den Menschen in PNG. Man sei zwar einverstanden, wenn ausländische Konzerne das Gas fördern und exportieren, aber PNG und seine Menschen müssten dafür auch gerecht entlohnt werden.

ExxonMobil zeigte sich enttäuscht über den geplatzten Deal. Man betreibe das *Liquefied Natural Gas* Projekt (LNG, Flüssigerdgas) bereits seit 2014 und habe sich mehr Entgegenkommen seitens der Regierung erhofft, hieß es.

Info: Das P'Nyang Gasfeld befindet sich innerhalb des Lizenzgebietes Nr. 3, das sich von Mendi (Südliches Hochland) in ostwestliche Richtung bis hinter Hides hinzieht. Das Feld ist 425 Quadratkilometer groß. Es sollte für 13 Milliarden US-Dollar ausgebaut werden.

(<https://energy.economictimes.indiatimes.com/news/oil-and-gas/png-says-fails-to-agree-with-exxon-mobil-on-pnyang-gas-project/73803998>, Radio NZ Intern. 04.02.20)

Afrikanische Schweinepest im Hochland

In Mendi (Provinz Southern Highlands) sind Ende März die ersten Fälle der Afrikanischen Schweinepest bekannt geworden. Innerhalb einer Woche starben 336 Schweine an dem hämorrhagischen Fieber. Inzwischen gehen die Behörden von über 3.000 toten Schweinen aus.

Die *National Agriculture Quarantine and Inspection Authority* (NAQIA) hat inzwischen auch die Provinzen Enga und Hela zu den betroffenen Gebieten („*disease areas*“) erklärt. Landwirtschaftsminister John Simon sagte, man müsse die Ausbreitung der Schweinepest auf andere Hochlandregionen verhindern. Zwar sei die Pest für Menschen nicht gefährlich, doch verlören viele Bauern durch den Tod ganzer Schweinerotten ihre Existenzgrundlage. Auch die Schweineindustrie gerate durch eine eventuelle Ausbreitung der Pest ins Straucheln, so der Minister weiter.

Die Ausbreitung der Pest geht vor allem über den Tausch und Handel mit Schweinen im Hochland vorstatten. Die NAQIA hat deshalb an bekannten Handelswegen Straßensperren errichtet, um die Bevölkerung über die Schweinepest zu informieren und den Tauschhandel zu unterbinden.

Info: Eine Infektion mit Afrikanischer Schweinepest (ASP) führt sowohl bei Haus- als auch bei Wildschweinen zu einer schweren Erkrankung, die fast immer tödlich endet. Verursacht wird die Erkrankung durch ein Virus. Die Afrikanische Schweinepest ist in Europa anzeigepflichtig und kann klinisch nicht von der klassischen Schweinepest unterschieden werden. Da eine Ansteckung vornehmlich über Blut, bluthaltige Flüssigkeiten und bluthaltige Gewebe erfolgt, breitet sich die Infektion oftmals sehr langsam aus.

Für den Menschen und andere Haustierarten ist die Afrikanische Schweinepest nicht gefährlich. Selbst der Verzehr infizierten Schweinefleisches birgt kein gesundheitliches Risiko. Ein Impfstoff gegen ASP ist noch nicht verfügbar. (*Tierseucheninfo online, Post-Courier 28.3.20, Radio NZ Intern. 10.06.20, <http://www.pig-world.co.uk/news/papua-new-guinea-becomes-latest-country-to-report-african-swine-fever.html>*)

Polizist stirbt nach Attacke durch betrunkene Militärs

Der für die Zone 3 im *National Capital District* zuständige Polizeinspektor Andrew Tovere ist in Ausübung seines Dienstes gestorben. Der Polizist war in den Straßen von Port Moresby unterwegs, um die Abstandsregeln und Versammlungsverbote zu kontrollieren, als er in eine Gruppe betrunkenen Angehöriger des Militärs (*Papua New Guinea Defence Forces*) kam, die in ihrer dienstfreien Zeit im ATS Settlement unterwegs waren. Inspektor Tovere hatte die Militärangehörigen angesprochen, als er sie beim Kauf von Alkohol bei einem illegalen Straßenhändler erwischte. Die betrunkenen Männer schlugen den Polizisten daraufhin dermaßen zusammen, dass er wenig später im Port Moresby *General Hospital* seinen Verletzungen erlag.

Die Trauerfeier für den erschlagenen Polizisten fand in der *Reverend Siono Kami Memorial Church* im Vorort 5-Mile statt, bestattet wurde der Polizist im Heimatdorf 9-Mile. Den Sarg begleiteten 46 Polizeifahrzeuge mit eingeschalteten Signalhörnern und Blaulicht.

Andrew Tovere hinterlässt seine 29-jährige Ehefrau Leah, mit der er seit sieben Jahren verheiratet war, und drei kleine Kinder. Besonders schockiert von der Tat zeigte sich der 74-jährige Vater des Verstorbenen, William Tovere. Er war selber Polizist (*Senior Constable*) und hatte sich nach eigenen Angaben sehr über die Berufswahl seines Sohnes gefreut.

Der Vize-Kommandant der Polizei, Donald Yamasombi, erklärte, man habe inzwischen die entsprechenden Militärangehörigen ausfindig gemacht und verhaftet. Yamasombi warb für Verständnis in der Bevölkerung: Die Polizei sei gezwungen, während des Notstands die Einhaltung der Corona-Regeln streng zu kontrollieren, dazu gehöre auch der Konsum von Alkohol auf offener Straße. Mit Gewalt gegen die Polizei ändere man nichts an der Lage, so der Vize-Kommandant. (*PNG Today 09.05.20, The National 11.05.20, Post-Courier 09.05.20, 26.05.20*)

BOUGAINVILLE

Wahlen verschoben

Ab dem 17. Juni beginnt der Wahlprozess für das regionale Abgeordnetenhaus in der autonomen Provinz Bougainville. Dann werden die offiziellen Wahlhelfer bestellt und vereidigt und die logistischen Vorbereitungen gehen in die Endphase.

Der Wahlprozess beginnt wegen der Corona-Pandemie zwei Monate später als ursprünglich geplant. George Manu, der Beauftragte für die Wahlen (*Electoral Commissioner*) erklärte, die Wahlvorbereitungen fänden trotz des in ganz Papua-Neuguinea immer noch geltenden Notstands (*state of emergency*) statt. Gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium habe das Wahlteam gesundheitliche Vorgaben erarbeitet, u.a. ein Abstandsgebot für Wahlhelfer und WählerInnen. Nach derzeitigem Planungsstand können die rund 200.000 Wahlberechtigten in Bougainville zwischen Mittwoch, 12. August und Dienstag, 1. September über die Kandidaten für die 41 Sitze im Repräsentantenhaus abstimmen.

Mit der Nominierung der KandidatInnen für die 33 Wahlbezirke (North Bougainville: 14 Wahlbezirke, Central Bougainville: 8 Wahlbezirke und South Bougainville: 11 Wahlbezirke) soll am 18. Juni begonnen werden, am 23. Juni werden die Kandidatenlisten geschlossen. Gesetzt für das in Buka ansässige Regionalparlament sind drei Frauen für die drei Provinzen von Bougainville sowie drei Vertreter aus den Reihen der ehemaligen Kombattanten. Das Wahlergebnis wird zum 15. September erwartet.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus finden alle fünf Jahre statt. Die letzten Wahlen gab es am 15. Mai 2015.

(<https://bougainvilleneews.com/category/elections-2020/>, Wikipedia, <http://www.bcl.com.pg/government/>)

Momis beendet Polit-Karriere

Dr. John Lawrence Momis, der dritte Präsident der *Autonomous Region of Bougainville*, hat bei einer emotionalen Rede Mitte Juni im Parlament von Bougainville seinen Rückzug aus der Politik bekannt gegeben. Er habe vor 48 Jahren, im Jahr 1972, mit der politischen Arbeit begonnen, erklärte Momis. Damals seien Vertreter der Landeignervereinigung *Navidakoe Navitu Association* in Central Bougainville auf ihn zugekommen und hätten ihn gefragt, ob er sie unterstützen könne, Landeigner vor Misshandlungen und ungerechten Verhandlungen mit dem Minenbetreiber Bougainville Copper Limited zu unterstützen. Seitdem habe er sich für die Rechte der Einwohner Bougainvilles eingesetzt und für mehr Dezentralisierung gesorgt. Seiner Meinung nach sollte nicht die Zentralregierung von Papua-Neuguinea in Port Moresby über die Einwohner Bougainvilles entscheiden, sondern diese selber. Deshalb freue er sich über das Ergebnis des Referendums.

Eine vierte Amtszeit strebe er nicht mehr an und deshalb verabschiedete er sich aus der Politik, beendete Momis unter stehendem Applaus seine Abschiedsrede.

Info: John Momis wurde am 3. März 1942 in Salamaua (Morobe Province) geboren und wuchs in Morou Village nahe Buin in Südbougainville auf. 1970 wurde er nach einer Ausbildung am *Holy Spirit Seminar* der katholischen Kirche in Madang (Papua-Neuguinea) und am St. Brendan's College in Yeppoon (Australien) zum katholischen Priester ordiniert. 1993 wurde er auf eigenen Wunsch aus dem Priesteramt entlassen und heiratete Elizabeth. Seinem katholischen Glauben blieb er jedoch auch in seinem Politiker-Leben treu.

Während seiner politischen Laufbahn war Momis 1985 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für den öffentlichen Dienst in der Regierung von Michael Somare, sowie von Juli 2007 bis zum 9.

Januar 2010 Botschafter von Papua-Neuguinea in der Volksrepublik China. Seit dem 9. Juni 2010 ist er der gewählte Präsident der autonomen Region Bougainville. (*Biographie Momis in: Brij V. Lal, Kate Fortune (Hrsg.): The Pacific Islands: an Encyclopedia. Wikipedia, New Dawn FM News 12.06.20*)

Katholische Kirche fordert Übernahme der Verantwortung

Die katholische Kirche von Bougainville hat gemeinsam mit traditionellen Landeignern die Anteilseigner und Investoren des britisch-australischen Bergbaukonzerns Rio Tinto aufgefordert, den Konzern zur Rechenschaft für Umwelt- und Sozialschäden während der Betriebszeit der Gold- und Kupfermine Panguna zu ziehen. So steht es im kürzlich vom australischen *Human Rights Law Centre* (HRLC) unter Autorenschaft von Keren Adams vorgelegten Bericht „After the mine: Living with Rio Tinto's deadly legacy“.

Der Bergbaukonzern hat sich bereits im Jahr 2014 aus Bougainville verabschiedet und die Anteile an Panguna u.a. an die Regierung von Papua-Neuguinea und die autonome Provinzregierung von Bougainville verkauft. Nach Meinung von Landeignern muss der Konzern jedoch im Nachhinein zur Verantwortung gezogen werden für die Zerstörung der Umwelt und den Ausbruch des zehnjährigen Bürgerkrieges mit seinen rund 20.000 Toten.

Die Sprecher von Landeigner-Organisationen aus 38 Dörfern im Umfeld der Mine beklagten, Rio Tinto habe giftige Abräume aus der Mine nicht fachgerecht entsorgt, sondern in die Flüsse gekippt. Diese hätten sich rot verfärbt, Fische seien gestorben.

Die Kupfererzaufbereitung aus der Mine verursachte erhebliche Umweltschäden durch die giftigen Aufbereitungsschlämme. Insgesamt wurden 600 Millionen Tonnen schwermetallhaltiger und dadurch giftiger Rückstände in den Fluss *Kawerong* geleitet, so dass 30 km des Flusses und das gesamte Mündungsdelta auf einer

Fläche von insgesamt 1.800 Hektar kontaminiert sind. Noch immer lagerten außerdem im Gebiet der aufgelassenen Mine giftige Abfälle sowie verrostetes technisches Equipment, von denen Gase aufstiegen, die zu Lungenproblemen vor allem bei Kleinkindern führten, erklärte ein Sprecher. Auch konnten Hautprobleme bei den Dorfbewohnern festgestellt werden, die vermutlich auf das Baden im giftigen Flusswasser zurückzuführen sind.

Die Konzernleitung habe bis jetzt kein Kompensationsangebot gemacht, sondern nur darauf hingewiesen, dass man sich im laufenden Minenbetrieb zwischen 1972 und 1989 an gesetzliche Regularien des Staates Papua-Neuguinea gehalten habe.

Info: Der 64-seitige englischsprachige Bericht des HRLC kann kostenlos auf dieser Homepage heruntergeladen werden:

<https://www.hrlc.org.au>

(Radio NZ Intern. 06.05.20,

<https://www.hrlc.org.au/news/2020/3/30/report-exposes-the-deadly-human-cost-of-riot-tintos-abandoned-mine>)

SALOMONEN

† Lawrence Foana'ota

Anfang März starb nach langer Krankheit Lawrence Foana'ota aus Malu'u/To'abaita, langjähriger Direktor (1985 bis 2009) des *Solomon Islands National Museum*, das 1969 in Honiara eröffnet wurde.

Foana'ota war der erste Solomon Islander mit erfolgreich abgeschlossenem Architekturstudium unter Professor Roger Green an der *University of Auckland* (Neuseeland). Er war u.a. Präsident der *Pacific Islands Museum Association*. Im Jahr 2009 bekam er für seine Verdienste um das Nationalmuseum den britischen Orden *Order of the British Empire* (OBE) verliehen.

Während der ethnischen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern der Inseln Malaita und Guadalcanal von Dezember 1998 bis Oktober 2000 hatte Foana'ota

unter Einsatz seines Lebens einige wertvolle Objekte aus dem 2.000 Gegenstände umfassenden Objektbestand des Museums in seinem Privathaus versteckt aus Sorge vor Plünderungen und Schäden durch Aufständische.

(*Solomon Times* 06.02.08,

<http://solomon.spla.pro/en/file.organization.solomon-islands-national-museum.10748.html>,
ASAO Net 05.03.20)

Unterstützung wegen Corona-Pandemie

Anfang Mai hat die australische Regierung den Salomonen finanzielle Unterstützung in Höhe von 71 Millionen Salomonen-Dollar im Kampf gegen das Corona-Virus zugesagt. Das Finanzierungsabkommen unterschrieben der australische Botschafter für die Salomonen, Dr. Lachlan Strahan, sowie der salomonische Außenminister Jeremiah Manele in der Botschaft in Honiara.

Von den 71 Millionen Dollar sollen 44 Millionen in das Gesundheitssystem investiert werden. Mit dem Geld sollen Vorsorgemaßnahmen gegen den Ausbruch der Lungenkrankheit Covid getroffen werden, Schutzmaterial eingekauft werden sowie die Krankenhäuser auf Patienten vorbereitet werden.

27 Millionen Dollar dienen als Konjunkturpaket für die Regierung. Daraus sollen u.a. auch Gelder für die Stärkung der Royal Solomon Islands Police Force fließen, die die Maßnahmen im Kampf gegen das Virus überwachen sollen.

Minister Manele bedankte sich bei dem australischen Botschafter für die Unterstützung in der Krise und betonte die langjährige gute Freundschaft und belastungsfähige Beziehung zwischen den pazifischen Nachbarstaaten. (*Solomon Times* 03.04.20, *SIBC* 07.05.20)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Oppositionspartei SODELPA nach internen Machtkämpfen suspendiert

Die größte fidschianische Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) ist am 25. Mai 2020 aufgrund des Vorwurfs des Bruchs der fidschianischen Verfassung und des Parteiengesetzes für 60 Tage von ihrer Arbeit im Parlament suspendiert worden. Vorausgegangen war ein immer noch nicht gelöster Machtkampf innerhalb der Partei, in deren Folge zwei zerstrittene Gruppierungen nach einer Gremiensitzung Ende Mai zwei unterschiedliche Listen mit neuen Parteifunktionären an die für die Zulassung politischer Parteien zuständige Behörde übermittelten.

Der Registrierbeamte Mohammed Saneem, der die entsprechende Behörde leitet, teilte mit, dass die Partei mit den sich widersprechenden Listen gegen politische Regeln und die Verfassung verstoßen habe und deshalb für 60 Tage suspendiert werden müsse. Das Parteiengesetz schreibe vor, dass eine suspendierte Partei nicht aktiv an der politischen Willensbildung mitwirken dürfe – das beinhalte deshalb auch die Parlamentsarbeit von SODELPA, die ebenfalls ruhen müsse. Fidschianische Medien sind auch dazu verpflichtet, in der Berichterstattung über SODELPA in Klammern den Hinweis „suspendiert“ („in suspension“) anzufügen.

SODELPA hatte bei der Parlamentswahl im Jahr 2018 39,85 % der Stimmen erhalten und stellt somit mit 21 der insgesamt 51 Abgeordneten des fidschianischen Parlaments die mit Abstand größte Oppositionsfraktion, während die Regierungspartei *FijiFirst* 27 Abgeordnete und die kleinere Oppositionspartei *National Federation Party* (NFP) drei Abgeordnete stellen.

Der schon seit Jahren politisch zerstrittenen Partei SODELPA wird immer wieder vorgeworfen,

dass zumindest einige ihrer Abgeordneten Politik vor allem für die indigene und gegen die indischstämmige Bevölkerung des Landes machen. Zuletzt wurde die Partei vom früheren Premierminister und Putschführer von 1986 Sitiveni Rabuka geführt – als sogenannter „Party Leader“. Daneben gibt es noch einen Parteipräsidenten bzw. eine Parteipräsidentin und, vergleichbar mit der ebenfalls in Deutschland üblichen Funktion, einen Generalsekretär bzw. eine Generalsekretärin, der oder die auch als Hauptansprechperson für die Registrierungsbehörde dient. Schon seit Jahren versuchen einige progressivere Abgeordnete der Partei jedoch ein Gegengewicht gegen den Hardliner Rabuka zu bilden. Aufgrund der derzeitigen Unklarheiten zur Vergabe von Parteifunktionen hat die zuständige Registrierungsbehörde vorerst alle Parteiämter für nichtig erklärt und betrachtet den bisherigen Vize-Präsidenten der Partei, Vijay Singh, vorübergehend als amtierenden „Verwalter“ der suspendierten Partei.

Chef-Registrierer Saneem verteidigte die Entscheidung zur Suspendierung der Partei gegen Kritik aus der SODELPA, welche das Parteiengesetz anders interpretiert und einen politischen Komplott gegen die Opposition fürchtet. Er forderte die Partei auf, die Streitigkeiten beizulegen und sagte am 19. Juni 2020, der Partei blieben im Zweifel noch fünf Wochen, um die Unklarheiten aus der Welt zu schaffen. Ansonsten drohe der Partei möglicherweise nicht nur eine weitere Suspendierung, sondern auch die „Deregistrierung“, also die Zurrücknahme der Registrierung der Partei. Berichten zur Folge sollen einige in der Partei bereits die Gründung einer neuen Partei mit dem Namen *VitiVou* („Neues Fidschi“) planen, sollte SODELPA tatsächlich aufgelöst werden.

Die Gräben zwischen den rivalisierenden Fraktionen in der Partei haben sich nach der Suspendierung aber zunächst noch weiter verschärft. Unter anderem kursierte in der Partei eine Petition zur Abwahl des zum Partei-Verwalter erklärten vormaligen Vize-Präsidenten der Partei. Auch eine

Zusammenkunft der rivalisierenden Fraktionen am 18. Juni 2020 brachte zunächst keine Entspannung: Dort einigten sich Vertreter beider Seiten zwar auf die Ernennung von Emele Duituturaga zur neuen geschäftsführenden Generalsekretärin der Partei. Duituturaga leitete bis zum Jahr 2019 die *Pacific Islands Association of Non-Governmental Organisations* (PIANGO) und stand in dieser Funktion auch im Austausch mit dem Pazifik-Netzwerk – sie wird eher der progressiven Gruppierung zugerechnet. Auch diese neue Personalie wurde von der Zulassungsbehörde jedoch nicht genehmigt, da sie nicht durch die in der Parteisatzung der SODELPA festgelegten Gremien getroffen wurde und die Parteisatzung von SODELPA aus Sicht der Behörde außerdem nicht vorsehe, dass Positionen geschäftsführend übernommen werden.

Ein Termin für einen Sonderparteitag, der für eine Lösung der Krise in der Partei wohl notwendig wäre, stand bis zum Redaktionsschluss noch nicht fest. Am 27. Juni 2020 machte die Partei jedoch einen erneuten Anlauf und bestätigte in einer ordentlich einberufenen Gremiensitzung einstimmig Duituturaga als neue Generalsekretärin, nachdem es diesmal im Vorfeld wie von der Parteisatzung gefordert eine Ausschreibung und insgesamt acht Bewerbungen für den Posten gegeben hatte. Allerdings kam es auch bei diesem Treffen erneut zu einem Eklat, als der bisherige Parteiführer Rabuka seine Teilnahme verweigerte, nachdem einige seiner Verbündeten laut Ansicht des vorübergehenden Partei-„Verwalters“ Singh nicht an dem Treffen teilnehmen durften. Fidschianischen Medien sagte Rabuka sowohl, dass er sich bei einer Neuwahl erneut um den Posten des Parteiführers bewerben werde als auch, dass er sich derzeit weiter im Amt sehe.

Die kleinere Oppositionspartei *NFP* fürchtet einen Bedeutungsverlust der Opposition im Parlament, zeigte sich gleichzeitig jedoch optimistisch, die Rolle der Opposition auch mit ihren drei Abgeordneten ausfüllen zu können.

Der *NFP*-Parteivorsitzende Biman Prasad sagte, natürlich seien 24 Oppositionsabgeordnete besser als drei und für die *NFP* würden die kommenden Wochen viel Extra-Arbeit mit sich bringen, die Rolle der Opposition sei in einer Demokratie aber sehr wichtig und die Partei würde dieser Rolle für ganz Fidschi, auch für die SODELPA-Wähler, nachkommen. In der Vergangenheit hatte die *NFP* sich immer wieder mit SODELPA solidarisiert, wenn einzelne Abgeordnete vorübergehend in teils politisch motiviert wirkenden Schritten suspendiert worden sind (siehe dazu die vorherigen Ausgaben der *Pazifik-Aktuell*). Das dies diesmal weitgehend ausgeblieben ist, ist ein Indiz dafür, wie unberechenbar die Lage von SODELPA derzeit ist – und dass die Krise der Partei diesmal weit über eine mögliche politische Gängelung durch die Regierungsmehrheit hinausgeht. Trotzdem bleibt es aus demokratietheoretischer Sicht hochproblematisch, wenn im Falle einer Auflösung der Partei SODELPA davon auch die Parlamentsmandate der gewählten Abgeordneten betroffen wären. (*Radio New Zealand International* 01.06.20, 05.06.20, 09.06.20, 19.06.20, *Fiji Sun* 25.06.20, 28.06.20, *Fiji Times* 27.06.20, 28.06.20, *Wikipedia*)

Beiträge in den sozialen Medien: Durchsuchungen bei Oppositionsparteien NFP und SODELPA

Auch die kleinere fidschianische Oppositionspartei *National Federation Party* (*NFP*) ist Anfang Juni in den Blick der Medien gerückt: Am 9. Juni 2020 sollen Büroräume der Partei von der Polizei durchsucht worden sein. Der Parteivorsitzende Biman Prasad bestätigte, dass es einen Durchsuchungsbefehl für die Räume der Partei gegeben habe. Er verstehe aber nicht, auf welcher Grundlage dieser erstellt worden sei. Die durchsuchenden Beamten seien auf der Suche nach Dokumenten über Beiträge der Partei in den sozialen Medien und die Frage, wie diese finanziert worden sind, gewesen. Auch Büroräume und Computer der suspendierten Partei SODELPA sollen durchsucht wor-

den sein. Mittlerweile ist bekannt, dass den Durchsuchungen das Verhör eines Mannes vorausgegangen ist, der in den sozialen Medien immer wieder Regierungsabgeordnete und insbesondere den Justizminister und stellvertretenden Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum kritisiert haben soll. Er habe während des Verhörs angegeben, von Oppositionspolitikern für einzelne Beiträge bezahlt worden zu sein. Die NFP hat dies zurückgewiesen, ebenso vereinzelte Abgeordnete aus Reihen von SODELPA.

(Radio New Zealand International 09.06.20, FBC News 10.06.20, Asia-Pacific Report 09.06.20)

Covid-19-Auswirkungen auf den Tourismus: „Bula Bubble“ für Reisende aus Australien und Neuseeland?

Nachdem es insgesamt landesweit 18 bestätigte Covid-19-Erkrankungen gegeben hat (siehe dazu auch die vorherige Ausgabe der *Pazifik aktuell*), ist Fidschi seit dem 5. Juni 2020 ohne bestätigte Covid-19-Fälle. Alle 18 Erkrankten sind genesen, Todesfälle gab es keine. Die wirtschaftlichen Aussichten in Fidschi werden durch die Pandemie jedoch deutlich getrübt: Expertinnen und Experten fürchten einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um mindestens 8 % - nachdem es zuvor ein jahrzehntelanges Wirtschaftswachstum gegeben hat. Auch die Rating-Agentur *Standard and Poors* schätzt die wirtschaftlichen Perspektiven für Fidschi nun als niedrig und nicht mehr als stabil wie vor der Pandemie ein. Vor allem der wichtige Tourismussektor des Landes leidet nach wie vor massiv unter den Einschränkungen in Folge der Pandemie, insbesondere den Grenzsicherungen und globalen Reisewarnungen, die den Tourismus in dem Land quasi vollständig zum Erliegen gebracht haben.

Um den Tourismus so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen, hat Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama am 21. Juni

2020 angekündigt, dass das Land plane, seine Grenzen im Rahmen einer so genannten „Bula Bubble“ (deutsch in etwa: „Bula-Blase“) möglichst bald zumindest mit Einschränkungen wieder zu öffnen.

Demnach könnte die „Bula Bubble“ zunächst Australien und Neuseeland beinhalten, um Touristinnen und Touristen aus diesen Ländern wieder ins Land zu lassen. Außerdem solle es auch wieder Transitflüge über Fidschi in andere pazifische Inselstaaten geben. Bainimaramas Plan sieht vor, dass Reisende aus Australien und Neuseeland zwar rein theoretisch nach Ankunft in Fidschi eine 14-tägige Quarantäne durchlaufen müssen, diese aber auch in einem Hotel mit mehr

oder weniger normalem Betrieb verbringen oder aber ganz umgehen können, wenn sie bei der Ankunft einen weniger als 48-Stunden alten negativen Covid-19-Test vorlegen können. Dafür sollen ausländische Reisende weitgehend von den Einheimischen isoliert bleiben – schon am Flughafen sollen sie mit speziellen Shuttle-Bussen von Mitarbeitern, die regelmäßig auf Covid-19 getestet werden, ohne Kontakte zu Einheimischen in ihre Hotels gebracht werden. Wollen die Reisenden länger als 14 Tage im Land bleiben, besteht die Möglichkeit eines Covid-19-Tests im Anschluss an die Quarantänezeit im Hotel.

Bereits im Mai hatten Neuseeland und Australien Gespräche über eine sogenannte „Travel Bubble“ aufgenommen, um zu prüfen, wann der touristische Personenverkehr zwischen den beiden Ländern wiederaufgenommen werden könne. Schon damals hatte Fidschi sein Interesse signalisiert, Teil dieser mittlerweile realisierten australisch-neuseeländischen „Blase“ zu werden. Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern signalisierte damals auch ein großes Interesse daran, die Grenzen zu den pazifischen Inselstaaten möglichst bald wieder zu öffnen. Obwohl Neuseeland sich selbst mittlerweile ebenso wie Fidschi als Covid-19-frei erklärt hat, ist die offizielle Reaktion aus Aust-

ralien und Neuseeland auf den nun von Bainimarama vorgestellten Plan einer „Bula Bubble“ dennoch verhalten. Beide Länder sagten zu, die Idee zu prüfen, teilten aber mit, dass man vorsichtig sei, den Tourismus wieder im größeren Stil zu ermöglichen. Unter anderem verwiesen sie auch darauf, dass man eine weitere Ausbreitung von Covid-19 im Pazifik verhindern wolle.

Der Tourismusexperte Stephen Pratt, Dekan der *School of Tourism* an der *University of the South Pacific* (USP) glaubt, dass die Idee der „Bula Bubble“ durchaus funktionieren könnte, aber weitere Details geklärt werden müssten. Schon in der Vergangenheit seien viele Touristinnen und Touristen aus Australien und Neuseeland kaum mit Einheimischen in Kontakt gekommen, weil sie etwa Urlaub in Resorts auf rein touristischen Inseln oder auf der weitgehend vom „normalen“ Leben abgeschotteten touristischen Halbinsel Denarau bei Nadi gemacht hätten. Er fürchtet jedoch, dass es dennoch Skepsis bei ausländischen Touristinnen und Touristen geben könne, die die Situation nicht einschätzen könnten und sicherheitshalber lieber zu Hause blieben. (Radio New Zealand International 12.05.20, 22.06.20, 23.06.20, 24.06.20, 25.06.20)

Staatshilfe trotz Massenentlassungen bei Fiji Airways

Die fidschianische Fluggesellschaft *Fiji Airways* (vormals: *Air Pacific*) ist durch die Covid-19-Pandemie und die Aussetzung eines großen Teils ihrer Flüge in massive finanzielle Not geraten. Fast 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Ende Mai fristlos gekündigt. Ihnen sei lediglich 48 Stunden Zeit gegeben worden, um ihre Büros zu räumen. Die Fluglinie sagte, dieser drastische Schritt sei notwendig, um das Überleben des Unternehmens zu sichern. Trotz der Massenentlassungen hat der fidschianische Staat mittlerweile 200 Mio. US\$ an Staatshilfe für die angeschlagene Fluggesellschaft zur Verfügung gestellt. Premierminister Voreqe Bainima-

rama sagte, dies sei der einzige Ausweg für *Fiji Airways*. Er bedauerte die Entlassungen durch das Unternehmen und äußerte seine Hoffnung, dass bald wieder bessere wirtschaftliche Zeiten anbrechen und die Menschen ihre Jobs zurückerhalten, sagte jedoch auch, die Entlassungen seien die einzige Option für die Fluggesellschaft gewesen. Während der Covid-19-Pandemie habe es teilweise nur noch Rückholflüge und Gütertransporte gegeben, jeglicher Personenverkehr sei jedoch völlig zusammengebrochen, hieß es.

Heftige Kritik an den Massenentlassungen kam jedoch von den Gewerkschaften. Sie glauben, die fristlosen Kündigungen könnten gegen die Verträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gegen Gesetze verstoßen. Der Chef des *Fiji Trades Union Congress*, Felix Anthony, sagte zudem, die Entlassungen stünden im krassen Widerspruch zu den finanziellen Gewinnen, welche *Fiji Airways* seit Jahren für sich beansprucht.

Ende Juni kündigte Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama zusammen mit der Idee einer „Bula Bubble“ für neuseeländische und australische Touristinnen und Touristen (siehe oben) ein sogenanntes „Pacific Pathways“-System an, mit dem *Fiji Airways* fortan wieder Flüge nach Tuvalu, Kiribati und Tonga aufnehmen werde – vor allem die ersten beiden Staaten sind kaum oder nur sehr schwer ohne Transit-Flüge über Fidschi zu erreichen. Dieses System könnte später auch auf Samoa, Vanuatu und die Salomonen ausgeweitet werden, hieß es. (*Radio New Zealand International* 26.05.20, 27.05.20, 23.06.20)

Covid-19: Schulen bleiben bis 30. Juni geschlossen

Obwohl es in Fidschi bereits seit dem 5. Juni keine aktiven Covid-19-Fälle mehr gibt, ist die Schließung der Schulen in dem Land bis zum 30. Juni 2020 verlängert worden. Ursprünglich sollten die Schulen bereits zwei Wochen früher wieder öffnen. Diese Zeit soll

laut Auskunft des Bildungsministers auch genutzt werden, um die letzten Schäden an Schulgebäuden durch Zyklon *Harold* im April zu beseitigen. Die Regierung verwies außerdem darauf, dass auch während der Schulschließungen Unterricht stattfinden könne, da viele Lehrkräfte digitalen Unterricht anböten oder Aufgaben an die Schülerinnen und Schüler schicken würden und die Regierung außerdem ein Bildungsprogramm auf einem eigenen Fernsehsender veranlasst habe. Die Opposition kritisierte die Verlängerung der Schulschließungen hingegen, aus ihrer Sicht finde kaum digitaler Unterricht statt und sei dieser auch mit erheblichen Mehrkosten für die Eltern verbunden, die sich viele nicht leisten könnten. (*Radio New Zealand International* 09.06.20)

Proteste nach Entlassung des USP-Vize-Präsidenten

An der *University of the South Pacific* (USP) mit ihrem zentralen Campus in der fidschianischen Hauptstadt in Suva (Fidschi) ist es im Juni über mehrere Wochen hinweg zu heftigen Protesten von Studierenden und Lehrkräften gekommen, nachdem der Vize-Präsident der regionalen Universität, Pal Ahluwalia, wegen angeblichen Fehlverhaltens von seinem Posten suspendiert worden war. Zuvor hatte er einen Bericht über seit Jahren anhaltendes finanzielles Missmanagement an der Universität veröffentlicht.

Mittlerweile hat das Exekutivkomitee der Universität die Freistellung wieder rückgängig gemacht und den ursprünglich aus Kenia stammenden Professor wieder in sein Amt eingesetzt.

Die USP ist eine von nur zwei regionalen Universitäten der Welt und hat Niederlassungen in allen pazifischen Inselstaaten. Der mit Abstand größte Campus, auf welchem die meisten Präsenzkurse angeboten werden, ist jedoch der Laucala-Campus in Fidschi. Nach der umstrittenen Suspendierung von Ahluwalia haben einige Mitgliedstaaten der Universität, da-

runter Samoa, den Rücktritt des fidschianischen Universitätspräsidenten Winston Thompson gefordert. Dieser bestreitet zwar, dass das Exekutivkomitee gar nicht die Befugnis zur Suspendierung des Vize-Präsidenten der Universität gehabt habe, wie einige Kritikerinnen und Kritiker wie etwa der Präsident Naurus ihm vorwerfen. Einige Mitgliedsstaaten halten Thompson aber verantwortlich für zahlreiche Missstände in der Leitung der Universität, nicht zuletzt auch für das finanzielle Missmanagement, welches von Ahluwalia angeprangert wurde. Einige Staaten fürchten außerdem seit langem, dass Fidschi versucht, seinen Einfluss auf die Universität zunehmend zu erweitern, sie in gewisser Weise zunehmend „nationalisieren“ wolle. Dies weist wiederum die fidschianische Regierung von sich.

Die Suspendierung von Ahluwalia Anfang Juni hatte eine Welle der Solidarität auf dem Campus der Universität ausgelöst. Wochenlang haben Studierende, aber auch Beschäftigte der Universität, für eine Rückkehr des als Reformers des Uni-Systems geltenden Vize-Präsidenten demonstriert. Studierende drohten mit einem Boykott der Examina. Berichten zur Folge haben sogar die Angestellten der Universitätsbibliothek vorübergehend aus Protest gegen die Entscheidung ihre Arbeit eingestellt.

Beobachterinnen und Beobachter sagen, die derzeitige Situation an der Universität stelle eine der schwersten Krisen seit ihrer Gründung dar. Ahluwalia hat seinen Posten erst seit Januar 2019 inne und war mit der Reform und Modernisierung der Universität beauftragt worden. In dem von ihm freigegebenen Bericht, der an die Öffentlichkeit gelangte, wurde neben dem finanziellen Management der Universität auch kritisiert, dass viele Promotionen ohne angemessene Erbringung von Leistungen vergeben worden sein sollen. Im Fokus der Kritik steht dabei neben Uni-Präsident Thompson auch der frühere Vize-Präsident Rajesh Chandra. Das Bekanntwerden des Berichts hatte die USP dazu veranlasst, bei dem neuseeländi-

schen Wirtschaftsprüfungsunternehmen BDO eine unabhängige Prüfung der Vorwürfe in Auftrag zu geben. BDO kam zu dem Ergebnis, dass die Vorwürfe substantiell seien, jedoch weitere Untersuchungen notwendig seien, um Einzelheiten klären zu können.

Für Entsetzen sorgte auch, dass Medien, die über den Fall berichteten wollten, vor der Sitzung des Exekutivkomitees, bei welchem die Suspendierung von Ahluwalia zurückgenommen wurde, vom Campus verbannt worden sind. Selbst das Universitäts-eigene Magazin *Wansolwara* habe nicht vor Ort berichten dürfen. In der Vergangenheit galt der Campus der regionalen Universität – etwa während der Militärputsche in Fidischi, bei denen die Pressefreiheit stark eingeschränkt wurde – als ein Rückzugsort für Meinungs- und Pressefreiheit. (*The Guardian* 23.06.20, *Radio New Zealand International* 19.06.20, 23.06.20, *Fiji Village* 11.06.20)

Fünf Polizeibeamte nach Körperverletzung angeklagt

Fünf fidschianische Polizeibeamte sind wegen Körperverletzung angeklagt worden, nachdem sie im April in Tailevu einen Mann von einer Brücke geworfen haben sollen. Der Mann wurde verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert, überlebte den Angriff jedoch. Die Polizeibeamten sind nach der Tat vom Polizeidienst suspendiert worden, einer von ihnen soll nun zusätzlich auch wegen des Versuchs, Zeugen zu beeinflussen, angeklagt werden.

Immer wieder gibt es Berichte über die Anwendung von Polizeigewalt in Fidischi (siehe dazu auch vorherige Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Polizeichef Sitiveni Qililo sagte, man nehme Berichte über Polizeigewalt sehr ernst und untersuche diese wie im vorliegenden Fall sehr genau. Für Aufsehen sorgte in dem aktuellen Fall aber auch, dass der NFP-Oppositionsabgeordnete Pio Tikoduadua kurzzeitig festgenommen worden war, nachdem er in den sozialen Medien ein Video geteilt hatte, in dem die Polizeige-

walt bei der Brückenattacke in Tailevu dokumentiert worden war. (*Radio New Zealand International* 18.06.20)

Ermittlungen gegen Abgeordnete

In mehreren Verfahren wird derzeit gegen verschiedene Abgeordnete des fidschianischen Parlaments ermittelt. Dem Abgeordneten der Regierungspartei *FijiFirst*, Rohit Ritesh Sharma, wird vorgeworfen, seine Ehefrau am 31. Mai 2020 in seinem Haus in Davuilevu angegriffen und verletzt zu haben. Er ist gegen Kautions auf freien Fuß, musste jedoch seine Papiere abgeben und muss sich wöchentlich bei der Polizei melden. Das Verfahren soll im Oktober eröffnet werden.

Seit Mitte Juni wird außerdem gegen insgesamt neun Abgeordnete, darunter acht Oppositions- und ein Regierungsabgeordneter, wegen Verdacht auf Korruption und Missbrauch von Reise- und Unterkunftvergütungen ermittelt. Das bestätigte die fidschianische Anti-Korruptions-Behörde *Fiji Independent Commission Against Corruption* (FICAC). Demnach sei die Behörde bereits im Mai von der Parlamentsverwaltung über die Verdachtsfälle informiert worden. (*Radio New Zealand International* 02.06.20, 17.06.20)

Erste Frau in Leitungsfunktion

Erstmals in der 125-jährigen Firmengeschichte der Labasa Zuckermühle ist eine Frau zur Leiterin des Stromversorgungssystems der *Fiji Sugar Corporation* (FSC) aufgestiegen.

Die gelernte Elektrikerin Pauline Roberta Vosayara ist seit dem vergangenen Jahr zuständig für die Stromversorgung der Zuckermühlen. Diese produzieren ihren eigenen Strom durch Verbrennung von Bagasse. Als Bagasse bezeichnet man die faserigen, gemahlenden Überreste, die bei der Zuckerfabrikation nach dem Auspressen von Zuckerrohr entste-

hen.

Die 25-jährige neue Leiterin ist Mutter zweier Kinder. Ihre Ausbildung zur Elektrikerin absolvierte sie im Handwerkerprogramm der *Fiji National University*. 2017 machte sie ihren erfolgreichen Abschluss und überzeugte mit guten Noten den Teamleiter im Elektrizitätswerk der Zuckermühle.

Vosayara erklärte in einem Interview mit der englischsprachigen Tageszeitung *Fiji Sun*, die erste Zeit als Chefin in einer „Männerdomäne“ sei hart gewesen, doch durch die Unterstützung ihres Mannes, der ebenfalls in der Zuckermühle arbeitet, habe sie schließlich den Respekt der männlichen Kollegen gewinnen können, die sich dann einstimmig für sie als neue Chefin aussprachen. (*Artikel von Julia Ratzmann*. Quelle: *Fiji Sun* 22.01.20)

VANUATU

Neuer Premierminister

Bei den Wahlen zum Premierminister konnte sich gut vier Wochen nach den Parlamentswahlen vom März 2020 am 20. April Bob Loughman Weibur mit 31 Stimmen gegen seinen Herausforderer Ralph Regenvanu (21 Stimmen) durchsetzen.

Der am 8. März 1961 geborene Loughman ist Mitglied der *Vanua'aku Pati*, deren Parteichef er seit 2018 ist. Die Vanua'aku Partei ist mit sieben Parlamentariern im Parlament vertreten.

Loughman begann seine politische Karriere 2004 mit der Wahl ins 52-köpfige Parlament der Republik für den Wahlbezirk Tanna. Von 2013 bis 2015 war er Bildungsminister. Außerdem fungierte er von 2018 bis 2019 als Handels- und Tourismusminister.

(*The Guardian* 21.04.20, *Loop Pacific* 07.05.20, <https://web.archive.org/web/20191130125719/https://parliament.gov.vu/index.php/members/76-hon-bob-loughman>)

Registrierung von Zyklon-Folgen

Aus Sorge vor der Einschleppung des Corona-Virus im bis dato virenfreien Vanuatu hat die Regierung nur zögerlich Katastrophenhelfer aus dem Ausland zur Bewältigung der Folgen des tropischen Wirbelsturms *Harold* ins Land gelassen. Stattdessen rekrutierte die Abteilung „Food Security and Agriculture“ im Landwirtschaftsministerium 62 freiwillige Helfer zur Dokumentation der Schäden. In sechs Teams reisten die Helfer in die besonders betroffenen Provinzen Sanma, Penama und Malampa, um vor Ort mit Betroffenen über die Sturmschäden zu sprechen und den Hilfebedarf zu eruieren. Ein Schwerpunkt der Helfer liegt dabei auf der Befragung der Menschen nach ihrer Ernährungssicherung. Das Ausmaß an zerstörten landwirtschaftlichen Flächen soll dabei genauso erfasst werden wie die Opferzahlen der Nutztiere und die Auswirkungen auf die Fischerei. Auch die Zahl der umgestürzten Bäume und zerstörten Häuser soll erfasst werden. Glücklicherweise kamen keine Menschen zu Tode, da die Behörden des Frühwarnzentrums *Joint Typhoon Warning Center* auf Hawai'i rechtzeitig die Bevölkerung warnen konnten.

Die gesammelten Daten der 62 Interviewer sollen in einer Katastrophendatenbank gesammelt und ausgewertet werden, um die Hilfeleistungen besser koordinieren und Hilfsgüter möglichst sinnvoll verteilen zu können.

Als Sofortmaßnahme hatte das Landwirtschaftsministerium unmittelbar nach dem Sturm zwei Fischtrawler zu Transportschiffen umgebaut und darauf solarbetriebene Kühlschränke mit Fisch, Eiern und weiteren Lebensmitteln zu den besonders betroffenen Küstendörfern gebracht. An Bord waren auch Fischerei-Ausrüstungen wie Netze und Angeln für die Küstenbewohner, die vom Fischfang leben und deren Material durch den Sturm zerstört worden war.

Info: Am 6. April 2020 war der Tropensturm *Harold* mit Spitzen-

winden von 230 km/h auf Espiritu Santo, die Hauptinsel von Vanuatu, getroffen. Zum Zeitpunkt des Landfalls entsprach *Harold* einem Zyklon der Kategorie 4. Während der Wirbelsturm auf der Insel wütete, verstärkte er sich von Kategorie 4 auf Kategorie 5 – der höchsten Kategorie, die es für tropische Wirbelstürme gibt.

Etwa 40.000 Menschen leben auf der Insel, davon viele in kleinen Dörfern. Die größte Stadt, Luganville, hat 16.000 Einwohner und liegt am südöstlichen Teil der Insel, wodurch sie vermutlich etwas von *Harold* abgeschirmt wurde, der von Westen über die Insel hereinbrach.

Harold ist der zweitstärkste Tropensturm, der Vanuatu je getroffen hat. Der stärkste Zyklon *Pam* vom 5. März 2015 brachte dem Inselstaat mittlere Windgeschwindigkeiten von 280 km/h. (*Weather.com* 07.04.20, *Loop Pacific* 11.05.20, *ESKP online*)

Vize-Premier warnt vor zu hohen Gebühren

Vize-Premierminister Ishmael Kalsakau hat die Parlamentarier davor gewarnt, die Bevölkerung mit zu hohen Gebühren zu belasten. Zwar stünde Vanuatu vor großen finanziellen Schwierigkeiten, bedingt durch die Folgen des Zyklons *Harold*, den Shutdown des Landes wegen der Coronapandemie und des jüngsten Ascheregens des Vulkans von Tanna, doch dürften die finanziellen Schwierigkeiten nicht an der Bevölkerung ausgelassen werden.

Der Vize-Premier begrüßte daher die Bemühungen der Regierung, der Bevölkerung einige staatliche Gebühren zu erlassen bzw. deren Höhe zu reduzieren. So kostet zukünftig z.B. die Registrierung von Neugeborenen auf dem Einwohnermeldeamt nur 100 Vanuatu-Vatu (0,7 Euro) statt wie bisher 1.800 (14 Euro).

Auch sollen zukünftig die Gebühren für die Ausstellung eines Arbeitsvisums im Rahmen der Saisonarbeitsprogramme von Australien und Neuseeland verringert werden. (*Radio NZ Intern.* 11.05.20)

KANAKY

Referendum über Unabhängigkeit auf Oktober verschoben

Das zweite Referendum über die Unabhängigkeit Neukaledoniens (Kanaky) ist offiziell auf den 4. Oktober 2020 verschoben worden, so die französische Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye am Mittwoch, den 24. Juni 2020, nach der Ministerialrunde in Paris (Frankreich).

Nachdem das erste Referendum über die „Überführung“ Neukaledoniens zu einem eigenständigen Staat am 4. November 2018 mit 56,7 % gegenüber 43,3 % abgelehnt worden war, wird im Oktober die zweite Abstimmung in dem französischen Überseegebiet durchgeführt.

Das Datum des zweiten Referendums, das ursprünglich für den 6. September vorgesehen war, sei angesichts der Folgen der Gesundheitskrise und der damit verbundenen Quarantänemaßnahmen auf den 4. Oktober 2020 verschoben worden, erklärte die Sprecherin.

Matignon, Amtssitz des französischen Premierministers am linken Seine-Ufer in Paris, hatte bereits Ende Mai den neukaledonischen Unabhängigkeits- und Loyalistenführern seine Absicht angekündigt, die Abstimmung auf den 4. Oktober zu verschieben. Am 12. Juni forderte jedoch eine Mehrheit der gewählten Mitglieder des Neukaledonischen Kongresses, das nächste Referendum erst am 25. Oktober abzuhalten. Insbesondere die Unabhängigkeitsbewegung der *FLNKS* wollte nach der Verschiebung der Kommunalwahlen auf den 28. Juni 2020 Zeit für die Referendums-kampagne gewinnen. Auch die Loyalisten sprachen sich für eine Verschiebung auf den 25. Oktober aus, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu garantieren. Beim ersten Referendum 2018 konnte bereits eine hohe Beteiligung in Höhe von 81 % erreicht werden.

Sollte auch das zweite Referendum über die volle politische Sou-

veränität Neukaledoniens negativ ausfallen, wird bis zum Jahr 2022 ein dritter Wahlgang stattfinden. Wie bei der ersten Konsultation am 4. November 2018, ist die französische Regierung fest entschlossen, die Bedingungen für eine faire und transparente Abstimmung zu gewährleisten, damit die Abstimmung von allen Beteiligten und Beobachtern als unbestreitbar und untadelig anerkannt wird. Die strikte Neutralität in der Kampagne soll respektiert werden und dafür sorgen, dass sie entsprechend den Schlussfolgerungen des 19. Ausschusses der Unterzeichner des *Abkommens von Nouméa* (1998) die Informationen zu den Themen liefert, um die es bei der Abstimmung geht. In Übereinstimmung mit dem am 5. Mai 1998 unterzeichneten Abkommen von Nouméa wird die Frage, die den Wählern bei der Konsultation gestellt wird, identisch formuliert wie die Frage vom 4. November 2018: „Wollen Sie, dass Neukaledonien die volle Souveränität erhält und unabhängig wird?“ (*«Voulez-vous que la Nouvelle-Calédonie accède à la pleine souveraineté et devienne indépendante?»*).

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Prof. Dr. Matthias Kowasch, Graz. Quelle: *Calédonie 1^{ère}*, *FrancelInfo*, 24.06.2020)

MIKRONESIEN

ADB stärkt Mikronesien in Corona-Pandemie

Die *Asiatische Entwicklungshilfsbank* ADB hat dem *Asia Pacific Disaster Response Fund* 1,53 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie in den Föderierten Staaten von Mikronesien, den Marshall-Inseln, Nauru und Tuvalu entnommen. Das Geld wird wie folgt aufgeteilt: 470.000 \$ erhalten die Föderierten Staaten, 370.000 \$ gehen an die Marshall-Inseln. Mit 320.000 \$ wird Nauru unterstützt und mit 370.000 \$ Tuvalu.

Der ADB-Gesundheitsexperte für Mikronesien, Ki Fung Kelvin Lam, erklärte, die Gelder seien als Soforthilfe für die Staaten gemeint. Nach der Ausrufung des Notstandes hätten die entsprechenden Staaten nicht genug Reserven, um auf die Erfordernisse zur Eindämmung der Pandemie einzugehen. Die Marshall-Inseln hatten am 7. Februar den Notstand ausgerufen, die Föderierten Staaten am 14. März. Nauru folgte am 16. März und Tuvalu am 20. März.

Lam sagte, die Staaten müssten selber entscheiden, was sie mit dem Geld machten. Sinnvoll sei die Anschaffung von Schutzmaterial und medizinischen Hilfsmitteln, meinte der Gesundheitsexperte.

Die 1,53 Millionen schwere Soforthilfe gehört nicht zu dem Hilfspaket in Höhe von 6,5 Milliarden US-Dollar, das die ADB bereits am 18. März zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Ozeanien zusagte. (*Pacific News Center* 06.04.20, <https://www.adb.org/what-we-do/covid19-coronavirus>)

Trump bewilligt Mehrausgaben

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump hat bereits Ende letzten Jahres staatliche Sonderausgaben für Mikronesien bewilligt. Erstens flossen zusätzlich fünf Millionen Dollar in den Trust Fund der Marshall-Inseln im Rahmen des *Compact of Free Association*. Mit den Geldern können Staatsschulden ausgeglichen werden und wirtschaftliche Einbrüche besser verkraftet werden.

Zweitens bewilligte Trump Finanzen für eine Studie des US-amerikanischen Energieministeriums über den Status des „Runit Domes“ auf dem Atoll Enewetak (Marshall-Inseln). Die Untersuchung soll Handlungsanweisungen geben, wie der Leck zu schlagen drohende Atommüllbunker abgedichtet werden kann. Außerdem sollen die jetzigen und zukünftigen Folgen eines möglichen Lecks für die Umwelt eruiert werden. Die bauliche Bewertung des Runit Domes soll mögliche Schäden

durch den Meeresspiegelanstieg berücksichtigen sowie Aufschluss geben über potentielle Gesundheitsschäden von Inselbewohnern in der direkten Nachbarschaft des Atolls.

Präsident Trump unterschrieb ebenfalls Verträge für die Jahre 2020 bis 2022 für die Nördlichen Marianen. Demnach dürfen zusätzliche 3.000 ausländische Saisonarbeiter für das Baugewerbe und den Bergbau einreisen und auf den Marianen arbeiten.

Trump erhöhte für das Jahr 2020 ferner den Haushalt des *Office of Insular Affairs* (OIA) um 2,2 Millionen US-Dollar. Das OIA ist eine Abteilung des US-Innenministeriums, die die Bundesverwaltung mehrerer amerikanischer Inselgebiete überwacht. Mit dem Geld soll u.a. der Energieversorgungssektor auf den mit den USA assoziierten pazifischen Inseln ausgebaut und modernisiert werden sowie Schutzmaßnahmen für Korallenriffe finanziert werden. (*Pressemitteilung US-Innenministerium* 08.01.20)

Radiosender ausgezeichnet

Guam: Die Sendeanstalt „*KUAM News*“ hat den Preis „Award for Excellence in Social Media“ für die Region Mikronesien bekommen. Bereits zum neunten Mal wurde *KUAM News* für sein digitales Angebot und die sinnvolle Nutzung der sozialen Medien ausgezeichnet.

Rund 5.000 Radio- und Fernsehsender aus der ganzen Welt hatten sich um die Preise der *Radio Television Digital News Association* (RTDNA) beworben, die bereits 1946 gegründet wurde und inzwischen zum größten amerikanischen Fachverband für digitalen Journalismus angewachsen ist. Die RTDNA setzt sich für verantwortungsvollen und wahrhaftigen digitalen Journalismus ein und kämpft für die Gleichberechtigung von Online-Journalisten im Vergleich zu analog arbeitenden Journalisten. Die Organisation verleiht jährlich in verschiedenen Kategorien den Edward R. Murrow Award für herausragende digitale

Sendeformate.

Hier geht es zu KUAM News:
<https://www.kuam.com/>.

In Guam betreibt der Sender die beiden digitalen Radiosender 194FM und Isla63-AM: Island Pride.

Info: Die Radio Television Digital News Association ist eine in den USA ansässige Mitgliedsorganisation von Radio-, Fernseh- und Online-Nachrichtendirektoren, Produzenten, Führungskräften, Reportern, Studenten und Pädagogen. Der Edward R. Murrow-Preis wird seit 1971 in Erinnerung an den US-amerikanischen Hörfunkjournalisten (1908-1965) verliehen. (Kuam News 13.05.20, https://www.rtdna.org/content/2020_regional_edward_r_murrow_award_winners)

Matson unterstützt Wohltätigkeitsorganisationen

Guam: Die *Matson Navigation Company* (kurz: Matson), eine 1882 gegründete US-amerikanische Reederei aus San Francisco, die mit ihren Schiffen den Insel-zu-Insel-Dienst zwischen USA, Hawai'i und den amerikanischen Gebieten im nordöstlichen Pazifik betreibt, hat im Jahr 2019 Wohltätigkeitsorganisationen in Guam und den Föderierten Staaten von Mikronesien 247.000 US-Dollar gespendet. Einige der Gelder kamen im Rahmen eines Spendenprogramms der eigenen Arbeitnehmer zustande.

Zusätzlich kamen 25 verschiedene Nichtregierungsorganisationen in den Genuss einer Teilnahme am Umweltprogramm von Matson, dem „Adahi I Tano“-Programm. Dabei kümmern sich Mitglieder von Umweltschutzorganisationen um ein Stück Land und im Gegenzug entsorgt Matson mit seinen Containerschiffen den dort angefallenen Müll.

Die Spenden wurden u.a. an Universitäten und Colleges in Guam, Palau, Mikronesien und den Nördlichen Marianen übergeben. Mit dem Geld konnten die entsprechenden Bildungseinrichtungen Stipendien an besonders begabte

Schüler vergeben.

Matson unterstützte außerdem das Nationale Olympische Komitee von Guam und die Guam National Tennis Federation. Auch die Küstenwacht und das Rote Kreuz profitierten von Spenden. Dabei gab es nicht nur Geldspenden, sondern auch Sachspenden. Matson bezahlte u.a. den Transport von gespendeten Büchern der Nationalbibliothek von Hawai'i zu Bibliotheken in Saipan, Chuuk und Majuro.

Bernie Valencia, die Vizepräsidentin des Matson-Regionalbüros in Guam, erklärte, die Reederei sehe sich als „Lebensader“ (lifeline) bei der Versorgung der Inseln Guam, Saipan und Mikronesien mit Gütern. Mit den Spenden wolle man dazu beitragen, lokale Organisationen auf den Inseln zu stärken. (<https://www.matson.com/>, *Matson Annual Report 2019 online, Pacific News Center 20.04.20*)

† Froilan Cruz Tenorio

Nördliche Marianen: Am 4. Mai starb im Alter von 80 Jahren in Fort Worth (Texas/USA) Froilan Cruz Tenorio (geb. 09.09.1939). Tenorio war der vierte Gouverneur der Nördlichen Marianen.

Während seiner Tätigkeit stärkte Tenorio den Privatsektor und machte sich für ein solides Steuerwesen stark.

Froilan Tenorio besuchte bis 1962 das *Territorial College of Guam*. Danach wurde er bis 1967 an der *Marquette University* in Wisconsin (USA) zum Bauingenieur ausgebildet. Anschließend arbeitete er im Baudezernat von Los Angeles (Kalifornien). 1972 wurde er von der *Micronesian Construction Company* angestellt. 1974 gründete er seine eigene Baufirma, die *Tenorio Construction Co.* Gleichzeitig begann er seine politische Laufbahn. Zwischen 1979 und 1984 gehörte er dem Senat der Nördlichen Marianen an. Von 1984 bis 1990 vertrat er seine Heimat in der amerikanischen Bundeshauptstadt (*Resident Representative to the United States*). Politisch war er Mitglied der Demokratischen Par-

tei bzw. deren Ableger in den Nördlichen Marianen. Später wechselte er zu der dortigen *Covenant Party*.

Bei den Gouverneurswahlen 1993 wurde Tenorio als Nachfolger von Lorenzo I. De Leon Guerrero zum neuen Gouverneur der Nördlichen Marianen gewählt. Dieses Amt bekleidete er zwischen dem 10. Januar 1994 und dem 12. Januar 1998. Dabei kam es zu Differenzen mit der von den Republikanern kontrollierten Staatslegislative. Im Jahr 1997 wurde er nicht wiedergewählt.

In den Jahren 2001 und 2005 bewarb er sich erfolglos um die Rückkehr in das Amt des Gouverneurs. 2009 wurde er in das Abgeordnetenhaus der Nördlichen Marianen gewählt, wo er Präsident des Hauses wurde.

Info: Nach dem beliebten Politiker, der sich stets für die Gleichheit aller Bewohner der Nördlichen Marianen eingesetzt hatte, ist die „Governor Froilan C. Renorio Beach Road“ an der Lagune von Saipan benannt. (Pressemittteilung Gouverneur Ralph Torres 05.05.20, Guam Daily Post 05.05.20, Wikipedia)

Flaggenstatus für Nauru

Nauru: Die Republik Nauru betreibt ab sofort zwölf Wadennetz-Fischtrawler (purse-seine fishing boats) unter eigener Flagge. Seit Anfang der 1980er Jahre hatte Nauru seine Flagge an ausländische Fischfangnationen „verliehen“, jetzt laufen die staatseigenen Fischfangflotten unter der eigenen Landesflagge. Zu den eingeflaggtten Schiffen zählen auch Fischtrawler aus den USA und Südkorea.

Charleston Debye, Geschäftsführer der *Nauru Fisheries and Maritime Resources Authority*, erklärte, die Zeit des „Verleihens“ der Flagge an ausländische Fischfangnationen sei vorbei. Man werde nun selber mit dem Aufbau eines professionellen Fischereibetriebes beginnen. Die Einflaggung sei ein erster Schritt dahin. Als nächstes plane man, den gefangenen Fisch nach Nauru zu transportieren und

dort direkt zu verarbeiten. Dies könne man in Angriff nehmen, sobald der neue Hafen auf der Koralleninsel fertig gestellt sei, sagte Deiyee. (Loop Nauru 31.03.20, <https://fiskerforum.com/nauru-gains-flag-fishing-state-status/>)

Schnelleres Internet

Nauru: Der Mobilfunknetz- und Home-Entertainment-Anbieter *Digicel* wird noch in diesem Sommer auf Nauru mobiles Internet der vierten Generation einführen (4G-LTE). Der Geschäftsführer von *Digicel Nauru*, Christopher Manaog, erklärte, man habe in den letzten zwei Jahren einen enormen Zuwachs an Datenverkehr auf Nauru verzeichnet. Grund dafür sei die Nutzung des Internets für online-Streaming-dienste wie etwa Netflix. Digicel mache Nauru mit der Einführung des schnelleren Internets zukunftsfähig und erlaube den Transfer auch großer Datenmengen.

Info: *Digicel* ist in 33 Märkten in der Karibik, in Mittelamerika und in Ozeanien tätig. Das Unternehmen gehört dem irischen Geschäftsmann Denis O'Brien, ist auf Bermuda eingetragen und hat seinen Hauptsitz in Jamaika. (Pressemittlung *Digicel Nauru* 08.05.20, Wikipedia)

KIRIBATI

Neuer-alter Präsident

Bei den Präsidentschaftswahlen, die Corona-bedingt von Anfang April auf den 22. Juni verschoben worden waren, konnte sich Präsident Taneti Maamau (*Tobwaan Kiribati Party, TKP*) erneut durchsetzen. 59,3 % der Wahlberechtigten (das entspricht 26.053 Stimmen) bestätigten den bisherigen Präsidenten für eine zweite vierjährige Amtszeit. Maamau hatte Stimmenmehrheit in 16 von 23 Wahlbezirken.

Auf Platz 2 kam Maamas Herausforderer, der Rechtsanwalt Banuera Berina von der Partei *Boutokaan Kiribati Mōa* (BKM) mit

17.866 Stimmen (40,68 %).

Von den 55.268 Wahlberechtigten hatten 44.031 ihre Stimme abgegeben. 112 Stimmen waren ungültig.

Als Nachfolger von Anote Tong, der nach drei Amtszeiten nicht erneut antreten durfte, ist Maamau jetzt seit dem 11. März 2016 Präsident von Kiribati. Unter Präsident Teburoro Tito (1994–2003) war er Finanzminister. Maamau kam dann bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 mit 19.833 Stimmen auf rund 60 % der Wählerstimmen und setzte sich in 16 von 23 Wahlbezirken gegen seinen Herausforderer Rimeta Beniamina durch.

Info: Maamau wurde am 16. September 1960 auf Onotoa geboren. 1979 trat er als Beamter in den Staatsdienst ein und arbeitete im Finanzministerium. Auf verschiedenen Positionen war er dann im Bildungsministerium, im Finanzministerium und im Büro des Präsidenten tätig. 2002 legte er alle Ämter nieder und kandidierte erfolgreich für den Einzug ins Parlament für seinen Heimatwahlbezirk Onotoa. Bis zu seinem Eintritt in die Politik diente der gläubige Christ als Diakon in der *Kiribati Uniting Church*. Maamau ist verheiratet mit Teiraeng Tentoa vom Atoll Tabiteuea, das Paar hat drei Kinder und zwei Enkelkinder. (<http://www.president.gov.ki/president-taneti-maamau/>, Wikipedia)

Parlamentssprecherin gewählt

Erstmals in der Geschichte hat das 44-köpfige Parlament von Kiribati eine Frau zur Parlamentssprecherin gewählt. Mit 25 zu 19 Stimmen konnte sich Tangariki Reete gegen den bisherigen Sprecher Tebuai Uaai durchsetzen. Reete war in der vorherigen Walperiode von 2016 bis 2020 Mitglied im Parlament für den Wahlbezirk Betio. Bei den diesjährigen Wahlen im Juni 2020 verpasste sie nur knapp den Einzug ins Parlament für ihren Wahlbezirk.

Von 2013 bis 2016 war sie Ministerin für Frauen, Jugend und Soziales. Tangariki Reete ist Mitglied der Partei *Boutokan Te Koaua*.

Info: In Kiribati können auch PolitikerInnen zu Parlamentssprechern gewählt werden, die nicht im Parlament vertreten sind. (Radio NZ Intern. 22.05.20, Wikipedia)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Schwere Schäden durch Wirbelsturm Harold

Tonga: Zwei Jahre nach den verheerenden Schäden des Zyklons *Gita* im Februar 2018 hat Anfang April erneut ein starker tropischer Wirbelsturm das Königreich Tonga heimgesucht. Nachdem „*Harold*“ bereits in Vanuatu und Fidschi schwere Verwüstungen angerichtet hatte, zog er am 9. April sehr nahe an Tongas Hauptinsel Tongatapu vorbei. Obwohl *Harolds* Windböen mit Spitzengeschwindigkeiten von etwa 80 km/h deutlich weniger stark waren als die über 200 km/h schnellen von *Gita*, trieb der Sturm eine Sturmflut vor sich her, die mit an einen Tsunami erinnernder Kraft bis über hundert Meter ins Inland hineinschlug und zahlreiche küstennahe Gebäude und Gärten zerstörte.

Besonders hart war Tongatapus Westküste betroffen, an der mehrere Strandresorts teilweise bis auf die Grundmauern vernichtet wurden. Auf der Nebeninsel 'Eua wurden die Hafenanlagen schwer beschädigt. Da der Tourismus bereits durch die Coronakrise faktisch zum Erliegen gekommen war, standen die zerstörten Gebäude glücklicherweise fast vollständig leer und Menschenleben waren keine zu beklagen. Die entstandenen Sachschäden von insgesamt etwa 100 Millionen Euro werden dem Land aber lange zu schaffen machen, zumal diesmal

anders als bei *Gita* vor allem die touristische Infrastruktur betroffen ist, so dass sich der Fremdenverkehr wohl nach dem Ende der Pandemie nicht wie erhofft schnell erholen wird. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Matangi Tonga, eigene Recherchen)

Reale [und positive] Version von „Herr der Fliegen“ wird verfilmt

Tonga: Das Abenteuer von sechs tonganischen Oberschülern, die Mitte der 1960er Jahre 15 Monate auf einer abgelegenen unbewohnten Insel überlebten, wird von Hollywood verfilmt. Das kalifornische Filmstudio *New Regency* erwarb von den vier heute noch lebenden Männern sowie dem australischen Kapitän, der sie damals rettete, die Rechte an ihrer Story. Gleichzeitig bekommen die Fünf das Recht, als Beratende an der Gestaltung des Films mitzuwirken.

Die Jugendlichen Kolo Fekitooa, Sione Fataua, Tevita Siola'a, Fatai Latu, Mano Totau, und Luke Veikoso waren damals in einem kleinen Fischerboot aus einer Internatsschule auf Tongatapu ausgebüchsst, hatten dann aber die Kontrolle über das Boot verloren und waren mehr als hundert Kilometer weit abgedriftet, bis sie auf der unzugänglichen Felsinsel 'Ata landen konnten. Dort hatten sie sich organisiert, notdürftige Unterkünfte gebaut, Gärten angelegt und ein stetig brennendes Signalfeuer eingerichtet. Während ihre Angehörigen sie für tot erklären ließen, gaben die Jungs die Hoffnung auf Rettung nicht auf, bis sie nach über einem Jahr ein zufällig vorbeikommendes australisches Fischereischiff nach Tongatapu zurückbrachte.

Nachdem die Story jahrzehntelang nur in Tonga bekannt war, hatte der niederländische Historiker Rutger Bregmann letztes Jahr von der Anekdote gehört und darüber unter anderem in der britischen Zeitung *Guardian* geschrieben. Bregmann war vor allem deshalb von den Vorkommnissen auf 'Ata fasziniert, da sie in krassem Ge-

gensatz zu dem populären Roman *Herr der Fliegen* von William Golding stehen, in dem eine fiktive Gruppe von Schuljungen in ähnlicher Weise auf einer Insel strandet, sich dort aber schnell Rivalitäten und gegenseitiges Misstrauen entwickeln und die stärkeren Jungs die schwächeren terrorisieren, bis es zu tödlicher Gewalt kommt. Dass es in der Realität auf 'Ata unter ähnlichen Umständen keine vergleichbaren Probleme gab, sieht Bergmann als Bestätigung für sein optimistisches Menschenbild und seine Hoffnung auf eine bessere Zukunft, weshalb die Story unbedingt mit der ganzen Menschheit geteilt werden sollte.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Matangi Tonga, *The Guardian*, eigene Recherchen)

Bewährungsstrafe für früheren Premierminister

Tonga: Der frühere Premierminister Tongas, Lord Tu'ivakanō (Amtszeit 2010-2014), wurde am 24. April vom Obersten Gericht Tongas wegen Betrugs und illegalen Waffenbesitzes zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe sowie einer Geldstrafe in Höhe von 40.000 Pa'anga (etwa 1.700 Euro) verurteilt.

Tu'ivakanō war der erste vom Parlament gewählte Premierminister - vor der Verfassungsreform von 2010 waren die Premierminister ohne Beteiligung des Parlaments vom König ernannt worden.

Kurz nach Ende seiner Regierungszeit hatte Tu'ivakanō 2015 einem chinesischen Ehepaar durch eine Falschaussage geholfen, sich einen tonganischen Pass ausstellen zu lassen, indem er in einem Attest fälschlicherweise behauptete, die beiden seien während seiner Amtszeit als Premierminister eingebürgert worden. Bei einer Hausdurchsuchung im Zuge von Ermittlungen in diesem Fall hatte die Polizei außerdem größere Mengen Bargeld unbekannter Herkunft sowie eine nicht registrierte Waffe und Munition gefunden. Die Vermutung, es handle sich um Bestechungsgeld des besagten Ehepaares an Tu'ivakanō, ließ sich nicht beweisen und Be-

stechlichkeit wurde als Anklagepunkt fallengelassen.

Da der adelige Politiker keine Vorstrafen hat und außerdem recht betagt ist, wurde die Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Tu'ivakanō darf auch seinen Adelstitel und die dazugehörigen Ländereien sowie seinen Parlamentssitz behalten. Bei einem Strafmaß über zwei Jahren hätten diese aufgegeben werden müssen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Matangi Tonga, eigene Recherchen)

Auszeichnung für Lehrerin

US-Samoa: Frau Sabrina Suluai-Mahuka, Lehrerin an der *Samoana High School* in Utulei, gehört zu den amerikaweit zehn Preisträgerinnen des diesjährigen „*Presidential Innovation Award for Environmental Educators*“.

Das gab die *U.S. Environmental Protection Agency* Ende April bekannt. Sie vergibt jährlich seit 1990 diesen Preis.

Sulai-Mahuka ist die erste Frau aus Amerikanisch-Samoa, die mit dem amerikanischen Umweltpädagogik-Preis ausgezeichnet wurde. Mit dem Preis ehrt die Umweltschutzbehörde der USA Personen, die Themen des Natur- und Umweltschutzes anschaulich im Schulunterricht vermitteln und Lernende motivieren, sich in ihrer Freizeit für den Umweltschutz zu engagieren.

Mit Besuchen auf Berufsmessen, der Teilnahme an Konferenzen zur Meeresschutzpolitik und dem Erkunden außerschulischer Lernorte wie Firmen, die sich nachhaltig für Umweltschutz engagieren, konnte die eifrige Lehrerin ihre Schüler motivieren, sich für Umweltschutz und nachhaltige Formen des Lebens und Wirtschaftens zu interessieren und eigene Projekte zu verwirklichen, wie etwa das Ersetzen von Plastiktüten durch Baumwolltaschen.

Zur Fortführung ihrer Aktivitäten außerhalb der Schule gründete Sulai-Mahuka die Jugendorganisa-

tion „*Finafinau*“ (Englisch für „resilience and steadfastness“). Die Mitglieder kümmern sich vor allem um Müll- und Plastikvermeidung zum Schutz des Ozeans und führen Müll-Aufräum-Aktionen durch. Ihre ehrenamtliche Arbeit steht unter dem Motto „Save our land - Protect our Ocean - Empower our people“.

Info: Für den Preis der amerikanischen Umweltbehörde hatten sich 76 Personen und Projekte aus 26 US-Staaten beworben. Neben Sabrina Suluai-Mahuka bekamen noch sechs weitere Personen die Auszeichnung, drei bekamen eine „honorabile mention“. 35 Studierende wurden mit dem *President Environmental Youth Award* geehrt. (Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: <https://www.epa.gov/newsreleases/us-epa-honors-american-samoa-teacher-presidents-environmental-education-award>, Samoa News 24.04.20)

Erweiterung des Docks

US-Samoa: Anfang Mai fand im Hafen von Malaloa nahe der Hauptstadt Pago Pago der Spatenstich zur Erweiterung der Hafenanlage statt. Der Kai soll verlängert werden und das Hafenbecken vergrößert, damit künftig auch Fischereiboote mit Treibangel-Technik dort anlegen können.

An der Spatenstich-Zeremonie nahm der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Lolo Matalasi Moliga, teil sowie Taotasi Archie Soliai, der Vorsitzende des *Western Pacific Regional Fishery Management Council*. Auch Vertreter der Baufirma *Silva Group* waren vor Ort.

Der Senat von US-Samoa hatte für die Erweiterung des Hafens im August 2018 1,5 Millionen US-Dollar bewilligt.

In Malaloa, einem Vorort von Fagatogo, gab es ab 1912 ein Krankenhaus sowie das Hotel *Sadie Thompson Inn*, in dem der englische Schriftsteller William Somerset Maugham 1916 für sechs Wochen wohnte. Zur gleichen Zeit wurde in Malaloa ein kleiner Hafen und eine Anlegestelle für Passa-

gierfähren gebaut. (Wikipedia. Radio NZ Intern. 08.05.20, Samoa News online)

Unterstützung für Opfer der Corona-Pandemie

Samoa: Die *Samoa Victim Support Group* unter Leitung von Lina Chang hat mit der Verteilung von Lebensmittelpaketen auf den Inseln begonnen. Von der plötzlichen Armut betroffen sind vor allem Angestellte des Tourismussektors. Infolge der Corona-Pandemie hatten ab März für über zwei Monate rund 70 Hotels und Freizeitaktivitäten geschlossen, 1.000 Menschen wurden arbeitslos. Da der „Corona-Shutdown“ bereits der zweite Samoaweite Shutdown innerhalb von zwei Jahren war, haben die meisten Hotel- und Gaststättenbetriebe keine Rücklagen mehr. Bereits im November 2019 hatte es infolge des Ausbruchs der für 83 Samoaner tödlich verlaufenden Masern-Epidemie einen wochenlangen Shutdown im Land gegeben. Die Wirtschaftslage hatte sich gerade wieder stabilisiert, als der Corona-Shutdown begann.

Nach Angaben von Fa'amatuainu Lenata'i Suifua, Geschäftsführer des samoanischen Tourismusverbandes, sind 12 % aller erwachsenen Erwerbstätigen im Tourismusgewerbe tätig. Zum Teil sind ganze Dörfer im Tourismusgeschäft aktiv. In den letzten Jahren verzeichnete der Auslandstourismus ein rasantes Wachstum: Samoa hatte sich zu einem „Hotspot“ für australische und US-amerikanische Touristen entwickelt.

Lina Chang von der *Victim Support Group* erklärte gegenüber der Tageszeitung *Samoa News*, neben der Arbeitslosigkeit gäbe es Probleme mit der Ernährungssicherheit und der Überbevölkerung. Aufgrund des Arbeitsplatzverlustes kehrten viele Menschen in ihr Heimatdorf zurück. Hier käme es dann zu sozialen Spannungen mit den übrigen Dorfbewohnern sowie zu Lebensmittelknappheit. Auch der Anstieg häuslicher Gewalt sei zu beobachten, so Chang.

Info: Bis dato (Stand: 30 Juni) ist kein Corona-Fall in Samoa bekannt. Samoanische Staatsbürger dürfen ab 17. Juni wieder einreisen, müssen aber zuvor mindestens 28 Tage in Neuseeland gewesen sein und nach der Einreise nach Samoa 14 Tage in häusliche Quarantäne. Außerdem muss bei Einreise ein negatives Corona-Test-Ergebnis vorgelegt werden. (Radio NZ Intern. 13.05.20, <https://www.samoagovt.ws/2020/06/>)

Tokelau vor Referendum?

Tokelau: Der *faipule* (Oberhaupt) des Atolls Atafu, Kelihiano Kalolo, hat Mitte Mai dem Parlament (*Fono*) einen Textvorschlag für ein Referendum über den künftigen politischen Status des Archipels unterbreitet. Darin nennt der Älteste drei Wahlmöglichkeiten für die Tokelauer: 1) die Unabhängigkeit, 2) sich selbst regierend in freier Assoziation mit Neuseeland oder 3) die staatliche Integration in Neuseeland.

Als Zeitpunkt für eine Volksabstimmung schlägt Kalolo das symbolträchtige Jahr 2025 vor, denn genau 100 Jahre früher, im Jahr 1925, war die Verwaltung des aus drei Inseln bestehenden Archipels im Herzen Polynesiens von Großbritannien auf Neuseeland übergegangen.

Im Jahr 2006 hatte bereits ein erstes Referendum stattgefunden, bei dem die Tokelauer entscheiden sollten, ob sie mehr Unabhängigkeit für ihr Land oder den Status Quo beibehalten wollten. Aufgrund der schon genannten Bedenken wurde die notwendige Mehrheit für eine Selbstständigkeit nicht erreicht. Im Oktober 2007 fand ein zweites Referendum statt, doch auch dieses scheiterte. Lediglich 16 Stimmen mehr hätten gereicht, um einen Wechsel des jetzigen Status von Tokelau hin zu einer Freien Assoziation mit Neuseeland (wie die Cookinseln oder Niue) herbeizuführen.

Über die Durchführung eines dritten Referendums muss nun das *fono* beratschlagen und entscheiden. Aufgrund der Corona-Pandemie sind die Parlamentssit-

zungen jedoch derzeit ausgesetzt. *Info:* Auf den drei zu Tokelau gehörenden Atollen Atafu, Fakaofu und Nukunonu leben ca. 1.500 Menschen. Rund 8.000 Tokelauer sind nach Neuseeland ausgewandert. Das ist möglich, da Tokelauer keine eigene Staatsangehörigkeit haben, sondern Neuseeländer sind.

(<https://www.tokelau.org.nz>, Tokelau Info online, Radio NZ Intern. 11.05.20)

Cook-Inseln wollen Status widerrufen

Cook-Inseln: Die Opposition im Parlament der Cook-Inseln strebt an, den Status „Entwicklungsland“ (*developed country*) freiwillig zurück zu geben, um an überseeische Entwicklungshilfeszahlungen zu gelangen.

Erst Anfang des Jahres waren die Cook-Inseln nach den von den Vereinten Nationen definierten Kriterien von einer „least developed country“ (am wenigsten entwickeltes Land) zu einer „developed country“ aufgestiegen. Grund für den „Aufstieg“ war die starke und stabile wirtschaftliche Entwicklung des Tourismus-Sektors.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat den Tourismus jedoch zum völligen Stillstand gebracht. Fletcher Melvin, Vorsitzender der Handelskammer, erklärte, die freiwillige Rückkehr zum Status eines Vierte-Welt-Landes sei nötig, um an Entwicklungsgelder zu kommen, die das Land in der derzeitigen Krise dringend benötigen.

Vizepremierminister Mark Brown sagte, man sei bereits in Verhandlungen mit der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) über den zukünftigen Status der Cook-Inseln.

Info: Zu den „least developed countries“ in Ozeanien gehören derzeit Kiribati, die Salomonen, Tuvalu, Timor-Leste und Vanuatu. (*Cook Islands News* 12.05.20, <http://unohrls.org/about-ldcs/>)

Cook-Inseln sind „Corona-frei“

Cook-Inseln: Bis dato ist kein einziger Corona-Fall auf den Cook-Inseln bekannt. Premierminister Henry Puna hat deshalb am 16. April in einer offiziellen Regierungserklärung die Inseln zu einer „COVID-19 free zone“ (Zitat) erklärt und diese Erklärung am 12. Juni aktualisiert. Ab dem 19. Juni dürfen deshalb Bürger der Cook-Inseln sowie Menschen mit einer permanenten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis wieder einreisen, wenn sie sich zuvor 30 Tage lang nicht außerhalb Neuseelands aufgehalten haben. [Anmerkung der Redaktion: Die Cook-Inseln sind ein unabhängiger Inselstaat in freier Assoziation mit Neuseeland.] Konkret sollen mit dieser Regelung vor allem die Menschen einreisen dürfen, die während der Pandemie im Ausland gestrandet waren. Zwingend schreibt die Regierung jedoch ab dem Zeitpunkt der Einreise eine 14-tägige häusliche Quarantäne vor.

Ausländischen Staatsbürgern bleibt die Einreise bis auf weiteres verwehrt aus Sorge vor einer Einschleppung des Virus.

Puna ermahnte die rund 18.000 Menschen zählende Bevölkerung, die üblichen Hygiene- und Abstandsregeln zu befolgen, auch wenn kein Fall von Corona bekannt ist.

Info: Gut verständliche, sachliche und aktuelle Informationen zur Corona-Situation auf den Cook-Inseln finden sich hier:

<https://covid19.gov.ck/>

(<https://cookislands.travel/news/novel-coronavirus-information-travellers-arriving-cook-islands>)

FRZ.-POLYNESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti.]

Umstrittenes Alkoholverbot während Coronakrise

Aufgrund der COVID-19-Pandemie gab es wie in den meisten Ländern der Welt auch in Französisch-Polynesien während der Monate März und April einen anderthalb Monate andauernden Lockdown. Diese Entscheidung der Landesregierung war sehr vernünftig, da die Zahl der Infizierten sich dadurch auf insgesamt nur 60 belief, die mittlerweile alle geheilt sind.

Stark umstritten war allerdings eine Begleitmaßnahme, nämlich ein komplettes Verbot des Verkaufs von alkoholischen Getränken während des Lockdowns. Weltweit gab es nur zwei andere Länder bzw. Territorien, nämlich Südafrika und Grönland, die eine solche Maßnahme ergriffen (ohne Einschluss einiger radikal-islamischer Staaten wie Saudi-Arabien und Iran, in denen Alkohol grundsätzlich verboten ist). Ziel der Maßnahme war es, einerseits keinen Anlass zur Bildung von Menschenansammlungen auf der Straße zu geben, andererseits die Eskalation von Spannungen im häuslichen Bereich während des Lockdowns zu verhindern.

Doch diese Zielsetzung wurde von verschiedenen Seiten kritisiert, zumal sich schnell ein Schwarzmarkt für Alkoholika entwickelte. Nicht nur die lokale Brauerei beschwerte sich bei der Landesregierung und drohte mit immanenem Bankrott, es gab auch eine von Hunderten unterschriebene Petition gegen die Maßnahme. Zu den Kritikern gehörten allerdings nicht nur Menschen mit finanziellen oder hedonistischen Interessen. Hilfsorganisationen für Alkoholranke Menschen gaben zu bedenken, dass die Maßnahmen für ihre Patienten fatal sein könnten, denn plötzlicher Entzug kann oft viel gravierendere Folgen haben als stetiger Konsum. Auch Organisationen gegen häusliche

Gewalt sprachen sich gegen das Verbot aus und meinten, bereits aggressiv veranlagte Menschen könnten durch Frustration, nicht wie üblich trinken zu können, erst recht gegen andere Familienmitglieder gewalttätig werden.

Der öffentliche Druck bewegte schließlich die Landesregierung, das Verbot in der letzten Woche des Lockdowns stufenweise zu lockern. Nun ist Alkoholverkauf an Wochentagen wieder zulässig, allerdings nur in ungekühltem Zustand, um den Konsum auf der Straße zu minimieren. (*La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, eigene Recherchen*)

Temaru wehrt sich gegen Willkür der Kolonialjustiz

Der Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei *Tavini Huiraatira*, Oscar Temaru, gerät immer weiter ins Fadenkreuz französischer Justizwillkür.

Die Verfolgungswelle gegen Temaru, der seit 1983 Bürgermeister von Faaa, der größten Stadt des Landes ist, und zwischen 2004 und 2013 insgesamt fünfmal Präsident der Landesregierung war, setzte im Oktober 2018 ein, als Temaru wegen geringer Unregelmäßigkeiten in der Dokumentation der Wahlkampfkosten seiner Partei sein Sitz in der Landesversammlung aberkannt wurde. Bald darauf begann die Staatsanwaltschaft gegen Temaru und mehrere seiner Mitarbeiter zu ermitteln, weil sie angeblich jahrelang das kommunale Radio der Gemeinde Faaa „*Te Reo o Tefana*“ für politische Zwecke missbraucht hätten. In diesem Zusammenhang wurden Temaru und zwei Mitarbeiter des Radios sogar kurzfristig festgenommen. Das Urteil folgte im September 2019: Temaru, die beiden Radiojournalisten und das Radio als Körperschaft wurden zu hohen Geldstrafen sowie Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt, wogegen alle Beschuldigten Berufung einlegten.

Während das Berufungsverfahren noch läuft, wurde Ende Juni plötzlich ein weiteres Strafverfahren gegen Temaru eröffnet. Nun wird

ihm vorgeworfen, kommunales Geld veruntreut zu haben, in dem er die Anwaltskosten im „Tefana“-Prozess aus der Gemeindegasse bezahlt hatte. Dies war aber vom Gemeinderat einstimmig (d.h. inklusive der Opposition) so beschlossen worden und ist nicht unüblich, da Temaru und die beiden Journalisten ja nicht wegen privater Verfehlungen, sondern wegen ihrer Amtshandlungen als Gemeindeangestellte angeklagt worden waren. Wegen angeblicher Fluchtgefahr (eine absurde Argumentation, da das Land coronabedingt unter Quarantäne steht und der 76-jährige Temaru gesundheitlich angeschlagen ist!) wurde zudem am 7. Juni das gesamte private Sparguthaben Temarus in Höhe von etwa 10 Millionen CFP-Francs (~ 84.000 Euro) von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Gegen Temarus Anwälte in seinem Hauptprozess wird ebenso ermittelt, so dass diese nun ihrerseits Strafverteidiger engagieren mussten.

Nach Aussage aller beteiligten Anwälte ist dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft einzigartig in der französischen Rechtsgeschichte. Noch nie wurde während eines laufenden Verfahrens gegen einen Beteiligten wegen der Finanzierung seiner Anwaltskosten ermittelt. Die Vorkommnisse erinnern daher eher an eine gelenkte Justiz in einem autoritären Regime als an die Vorgehensweise eines Rechtsstaats. Temarus schon früher geäußerte Befürchtungen, es handle sich um ein von langer Hand angeordnetes Komplott des kolonialen französischen Staates mit dem Ziel, ihn und seine Partei mundtot zu machen, erhärten sich damit immer mehr.

Vor allem Temarus Einsatz für eine Aufarbeitung der Atomtests und Entschädigung der Opfer (siehe nächsten Artikel) sowie für ein Entkolonisierungsverfahren nach Vorbild des *Nouméa-Abkommens* in Neukaledonien ist dem französischen Staat seit langem ein Dorn im Auge. Hinzukommt, dass Temaru und seine Parteifreunde jedes Jahr erneut darauf hinweisen, dass Frankreich seit nunmehr sieben Jahren gegen geltendes Völ-

kerrecht verstößt, in dem es sich beharrlich weigert, entsprechend Artikel 73e der UN-Charta Informationen zu Französisch-Polynesien an das UN-Entkolonisierungskomitee weiterzugeben. Selbst die ansonsten wenig kooperative Trump-Administration tut dies für die bei der UN aufgelisteten amerikanischen Kolonialterritorien, womit Französisch-Polynesien das einzige von 17 von der UN als nicht-selbstregiert anerkannten Territorien ist, das von seiner Verwaltungsmacht mit einem UN-Totalboykott belegt wird.

Gegen die Serie von Justizwillkür leisteten Temaru und seine Anhänger symbolischen Widerstand: Mehrere Tage lang versammelten sie sich zu einem Hungerstreik vor dem Justizpalast in Papeete, bis Temaru den Streik aus gesundheitlichen Gründen abbrechen musste. Zudem reichte Temaru am 11. Juni eine Gegenklage gegen den Staatsanwalt wegen Befangenheit ein. Landesweit gibt es eine Solidaritätskampagne in den Sozialen Medien mit dem Hashtag *#jesoutiensoscartemaru* sowie am 20. Juni eine Protestdemo mit über tausend Teilnehmern. Falls der frz. Staat mit seiner Justizwillkür eine Isolierung Temarus bezweckt hat, ist dieser Schuss somit auf jeden Fall nach hinten losgegangen, denn die Solidarisierung mit ihm geht weit über Anhänger seiner Partei hinaus. Zudem ziehen die Vorfälle nun auch Kreise in der Region. Auf Antrag der *Protestantischen Maohi-Kirche*, der größten Glaubensgemeinschaft Französisch-Polynesiens, verurteilte die Pazifische Kirchenkonferenz (PCC) in Suva öffentlich das Vorgehen gegen Temaru und die Missachtung der UN-Dekolonisierungsliste durch Frankreich. Der Generalsekretär der PCC, Rev. James Bhagwan, rief Frankreich dazu auf, Temaru in Ruhe zu lassen und nach dem Vorbild Neukaledoniens auch in Französisch-Polynesien im Einklang mit der UN einen Entkolonisierungsprozess einzuleiten. (*La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, eigene Recherchen*)

Veränderung der Gesetzgebung zur Entschädigung der Atomtestopfer

Am 14. Mai veränderte die französische Nationalversammlung in einer Nacht- und Nebelaktion die Parameter zur Entschädigung der Opfer der französischen Atomtests. Am 10. Juni wurde die Maßnahme vom Senat bestätigt, und tritt damit demnächst in Kraft. Die Gesetzesänderung sieht vor, als Mindestbedingung für Entschädigungsforderungen eine nachgewiesene Strahlenbelastung von einem Millisievert festzusetzen. Dies soll auch rückwirkend auf alle Entschädigungsforderungen seit Inkrafttreten des ursprünglichen Entschädigungsgesetzes von 2010 angewandt werden.

Der Spielraum für die tausenden von Opfern mutmaßlich strahlenbedingter Krankheiten in Französisch-Polynesien wird damit weiter eingeschränkt. Besonders perfide war in diesem Fall allerdings außerdem die Tatsache, dass die entsprechenden Paragraphen keine eigene Gesetzesvorlage bildeten, sondern in ein Gesetzespaket von Notmaßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise eingebettet waren, was nur wenigen Abgeordneten überhaupt klar war. Gleichzeitig saßen aufgrund der Quarantänemaßnahmen alle drei Abgeordneten und beide Senatoren Französisch-Polynesiens in Tahiti fest, und konnten somit an den Abstimmungen gar nicht teilnehmen und sich einbringen.

Insbesondere der Unabhängigkeitsbefürworter Moetai Brotherson, einer der drei Abgeordneten des Landes in der Nationalversammlung, echauffierte sich über diese an Betrug erinnernde Vorgehensweise. In Bezug auf den fragwürdigen Gesetzesbeschluss sowie die gleichzeitig stattfindende Justizwillkür gegen seinen Parteichef Temaru (siehe letzten Artikel), fragte er an die Vertreter der französischen Staatsmacht gerichtet: „Was hat euch nur das polynesische Volk getan, dass ihr es so hasst?“

Entsetzt über die üble parlamentarische Vorgehensweise zeigten sich auch die beiden Atomtestopferverbände *Moruroa e Tatou* (MeT, der protestantischen Kirche naherstehend) und die *Association 193* (die der katholischen Kirche nahesteht). Sie wiesen darauf hin, dass von über 1.000 Entschädigungsklagen von Mitgliedern von MeT und 200 solcher Klagen bei Mitgliedern von *Association 193* bislang insgesamt lediglich etwa 70 bearbeitet wurden. Vor allem aufgrund der neuen, die Opfer der Tests verachtenden Maßnahmen, kündigten beide Vereine ihre Mitarbeit in dem vom französischen Staat gemeinsam mit der Landesregierung Französisch-Polynesiens geplanten Dokumentations- und Erinnerungszentrum für die französischen Atomtests auf.

Bereits zuvor hatten Kritiker darauf hingewiesen, dass es sich dabei eher um ein Feigenblatt als um einen wirklichen Beitrag zur Aufarbeitung der Atomtests handelt, die der Vorsitzende von *Moruroa e tatou*, Hiro Tefaarere, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnete. Wenn der Übeltäter gleichzeitig Schiedsrichter ist, kann es keine Gerechtigkeit geben, so der Vorsitzende von *Association 193*, Pater Auguste Carlson, in Anspielung auf die Rolle des französischen Staates. (*Tahiti-Pacifique, La Dépêche de Tahiti, Tahiti-Infos, eigene Recherchen*)

HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti.]

Drastische Folgen der Pandemie

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zeigen sich in Hawai'i besonders drastisch. Während die Zahlen der gesundheitlich Betroffenen im weltweiten Vergleich, und insbesondere im Vergleich zum Festland der USA, gering ist (bislang insgesamt 816 Fälle, davon 17 Tote und 669 Genesene, bei einer Gesamtbevölkerung des Archipels von 1,4

Mio.), sind die Folgen für die Wirtschaft des Landes dramatisch. Da Hawai'i hauptsächlich vom Tourismus lebt, aber anders als die meisten anderen abhängigen Gebiete Ozeaniens wenig direkte Subventionen aus Washington bekommt, bedeutet der durch die Pandemie verursachte Einbruch des Fremdenverkehrs eine massive Senkung der direkten und indirekten Steuereinnahmen der Regierung des US-Bundesstaats. Während in der Tourismusbranche tausende entlassen wurden, dürfen die meisten dem Bundesstaat unterstellten Behörden, unter anderem die Universität von Hawai'i, bis auf weiteres keine Neuanstellungen tätigen; laufende Stellenausschreibungen werden eingefroren. Gouverneur David Ige kündigte außerdem an, die Gehälter aller Regierungsangestellten um 20% abzusenken, sollten die Steuerausfälle in befürchteter Höhe eintreten. (*Honolulu Star-Advertiser, Eigene Recherchen*)

Internationales Gutachten legitimiert „Exilregierung“

Im Rahmen der Anfang 2019 gebildeten Königlichen Kommission zur Untersuchung der seit über hundert Jahren bestehenden US-amerikanischen Besetzung Hawai'is erstellte der italienische Juraprofessor Federico Lenzerini, ein international renommierter Völkerrechtsexperte, Ende Mai ein Gutachten zur rechtlichen Stellung der geschäftsführenden Regierung des hawaiischen Königreiches und ihrem Verhältnis zu der Hawai'i faktisch beherrschenden Regierung des US-Bundesstaats Hawai'i.

Mit Verweis vor allem auf den Fall *Larsen v. Hawaiian Kingdom* vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag aus dem Jahr 2001 kommt Lenzerini zu dem Schluss, dass die 1997 gegründete geschäftsführende hawaiische Regierung, analog zu Exilregierungen der von Deutschland im 2. Weltkrieg besetzten Länder in Einklang mit hawaiischem Recht gebildet wurde und durch das Haager Tribunal 2001 als legitim anerkannt wurde. Völkerrechtlich hat sie die Aufga-

be, bis zum Ende der US-Besatzung die Interessen des rechtlich weiterbestehenden Hawaiischen Königreichs und seiner Staatsbürger zu vertreten. Endet die Besatzung, ist die geschäftsführende Regierung aufzulösen und entsprechend der hawaiischen Verfassung durch voll funktionsfähige Regierungsorgane zu ersetzen.

Den von der Besatzungsmacht geschaffenen Strukturen steht dagegen temporär die Exekutivgewalt zu, allerdings nur im Rahmen der Haager und Genfer Konventionen. Konkret heißt das, es muss so weit wie möglich hawaiisches Recht angewandt werden, außer in Fällen, in denen hawaiisches Recht (dass sich ja seit der US-Invasion von 1893 nicht weiterentwickelt hat) die Menschenrechte weniger schützt als heute international übliche Standards [Dies könnte zum Beispiel in Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Anwendung der Todesstrafe und im Sexualstrafrecht der Fall sein]. Aufgabe der geschäftsführenden Regierung ist es in diesem Rahmen, den US-Besatzungsorganen beratend zur Seite zu stehen und sie beispielsweise auf Verletzungen hawaiischer Rechtsnormen hinzuweisen.

Mit Verweis auf Lenzerinis Gutachten verfasste der Vorsitzende der geschäftsführenden Regierung, der hawaiische Politikwissenschaftler Keanu Sai, der auch der Untersuchungskommission vorsitzt, am 2. Juni einen Brief an die Generalstaatsanwältin des US-Bundesstaats Hawai'i, Clare Connor, in der er die Bundesstaatsregierung auffordert, die juristische Fiktion aufzugeben, legitimer Teil der USA zu sein und ihre bislang feindselige Haltung gegenüber ihm und seinen Mitarbeitenden zu unterlassen. Stattdessen müssten Gouverneur Ige und seine Administration endlich einsehen, ausführende Organe einer Besatzung zu sein, und in diesem Sinne in Einklang mit dem Völkerrecht mit der geschäftsführenden Regierung zum Wohl der hawaiischen Bevölkerung zusammenzuarbeiten. (*Hawaiian Kingdom Blog, eigene Recherchen*)

AOTEAROA

† John Dennison

Am 14. April verstarb John Dennison in Dunedin (Neuseeland). Der am 5. Januar 1948 in Dunedin geborene Anatom unterrichtete von 1974 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2014 im *Department of Anatomy* an der *University of Otago* in Dunedin. Hier hatte er nach einer Ausbildung zum Laborassistenten im Jahr 1976 seinen *Bachelor of Science* gemacht, 1988 folgte der *Master of Science* in Anatomie.

Dennison hat sich unter den auf Papua-Neuguinea spezialisierten Ethnologen einen Namen als deutsch-englischer Übersetzer gemacht. Ehrenamtlich übersetzte er ethnologische Klassiker aus der Frühzeit deutscher Forschungen in Neuguinea, u.a. „Im Stromgebiet des Sepik. Eine deutsche Forschungsreise in Neuguinea“ von Walter Behrmann aus dem Jahr 1922, „Der Kaiserin-Augusta-Fluss“ von Otto Reche (1913) und „Dreißig Jahre in der Südsee“ von Richard Parkinson (1926).

Die Übersetzungen ins Englische stellte Dennison kostenlos zum Download bereit. Er begründete seine Arbeit mit dem Hinweis, es sei ihm wichtig, dass die Menschen in Papua-Neuguinea die Bücher und Geschichten über ihre Vergangenheit ebenfalls lesen könnten. So reiste er u.a. 2014 gemeinsam mit Prof. Glenn Summerhayes (Anthropologe an der Universität von Otago) nach Papua-Neuguinea, um die von ihm übersetzten Werke persönlich an die Bibliotheken in Kavieng und Port Moresby zu übergeben.

Nach seiner Pensionierung übersetzte der engagierte und hochrangige Freimaurer ebenfalls unentgeltlich medizinische Fachliteratur aus Russland und Frankreich ins Englische. Dennison beherrschte neben seinen Muttersprachen Englisch und Französisch auch Deutsch, Russisch und Latein.

Vier Wochen vor seinem Tod hatte der Anatom noch erfahren, dass ihn die Regierung von Papua-Neuguinea mit dem höchsten Verdienstorden des Landes, dem *Order of Logohu*, ausgezeichnet hatte. Die Auszeichnung wurde ihm *„for his services toward that country's ancient anthropological history and to their children's future learning“* (Zitat aus der Regierungserklärung) zugesprochen, entgegennehmen konnte er den Orden nicht mehr.

Dennison hinterlässt seine Ehefrau Ann, mit der er 33 Jahre verheiratet war, sowie eine erwachsene Tochter.

(<https://nz.linkedin.com/in/john-dennison-aa142038>, <https://omct.co.nz/omct-chairman-john-dennison-passes/>)

Neue Botschafter ernannt

Ende Mai hat der neuseeländische Außenminister Winston Peters die Ernennung zweier neuer Botschafter für die Pazifikstaaten Niue und Nauru bekannt gegeben.

Frau Helen Tunnah ist demnach ab 1. Juli neue Botschafterin für Niue. Sie wird ihren Dienst vor Ort ausüben. Die Diplomatin ist derzeit noch im Außenministerium als Senior Trade Adviser tätig, zuvor war sie u.a. Botschafterin Neuseelands in Vanuatu und Brasilien. Tunnah hat einen *Bachelor of Arts* in Wirtschaft und Geschichte von der University of Otago.

Niue ist eine isoliert gelegene Koralleninsel in der Nähe von Tonga, ca. 2.400 km nordöstlich von Neuseeland, mit dem das Atoll seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag verbunden ist.

Richard Griffith ist der neue Botschafter für Nauru. Er arbeitet derzeit im Außenministerium und ist dort für die Handelsbeziehungen mit den pazifischen Inselstaaten zuständig. Zuvor war er bereits Botschafter für Australien und die Salomonen. Griffith nimmt sein Amt aus dem Büro in Wellington (NZ) wahr.

(<https://tplus.co.nz/news-politics/helen-tunnah-new-zealands-new-high-commissioner-to-niue/>)

Kooperation mit Fidschi

Die *Fiji National University* und die *National University of East-Timor* haben Anfang des Jahres ein Kooperationsabkommen mit dem *Global Health Institute* (GHI) an der neuseeländischen *Otago University* geschlossen. Federführend daran beteiligt war der Arzt Dr. Donald Wilson, der Direktor des neu gegründeten *Fiji Institute of Pacific Health Research*.

Mit finanzieller, materieller und personeller Unterstützung soll das GHI vor allem Medizinstudierende und junge Ärzte in Pazifikstaaten fördern, die zu pazifikweit relevanten Gesundheitsthemen forschen. So werden etwa Forschungen zur Vererbung von Adipositas betrieben und es soll zu nicht-übertragbaren Krankheiten geforscht werden. Ein Stipendium vergab das GHI auch an den fidschianischen Medizinstudenten Sakiusa Cabe Baleivanualala. Er untersucht die Übertragung Antibiotika-resistenter Bakterien innerhalb des Krankenhauses von Suva (Fidschi).

(Radio NZ Intern. 14.01.20, <https://www.otago.ac.nz/global-health/>)

Filmcrew durfte trotz Lockdown einreisen

Auch während des Lockdowns in Neuseeland vom 19. März bis zum 8. Juni durften Ausländer nach Neuseeland einreisen. Das ist das Ergebnis einer Recherche der *Australian Broadcasting Association* (ABC).

Premierministerin Jacinda Ardern hatte die strengen Einreisebestimmungen während des Lockdowns zunächst für neuseeländische Staatsbürger gelockert. Diese durften ungehindert in ihre Heimat zurückreisen. Anschließend durften die Arbeitskräfte einreisen, die einer Arbeit nachgehen, die nicht von neuseeländischen Staatsbürgern ausgeübt werden kann.

Nun gab Ardern bekannt, sie habe jedoch auch Ausnahmeanträge auf Einreise bewilligt. Mehrere hundert Anträge auf Einreise wäh-

rend der Corona-Pandemie seien in ihrem Büro eingetroffen und verhandelt worden. So habe auch die Filmcrew für die Dreharbeiten an „Avatar 2“ zu den Ausnahmen gehört. Produzent John Landau und ein kleines Team von Technikern und Schauspielern durften einreisen, um die Dreharbeiten vom vorherigen Jahr wiederaufzunehmen, da die Zeit bis zum Kinostart des Films im Dezember drängt.

Ardern wurde jetzt für diese Bewilligungen kritisiert. Man warf ihr vor, zugunsten des Profits entschieden zu haben, denn zeitgleich wurde z.B. Menschen, die an das Sterbebett von in Neuseeland lebenden Angehörigen eilen wollten, die Einreise verwehrt.

Info: Avatar 2 ist ein US-amerikanischer Science-Fiction-Film des Regisseurs James Cameron und eine Fortsetzung des Films „Avatar – Aufbruch nach Pandora“. Der Film soll am 17. Dezember 2021 in die US-amerikanischen Kinos kommen.

Am 8. Juni hatte Neuseeland bekanntgegeben, keine aktiven COVID-Erkrankten mehr zu haben, am 16. Juni wurden jedoch zwei neue Erkrankungen bei zwei Reisenden aus Großbritannien diagnostiziert. Bis zum 30. Juni gab es in Neuseeland 1.528 Fälle, darunter 22 Tote. (ABC 26.05.20, *Wikipedia*)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Neuer Pazifik-Botschafter

Indonesien: Der indonesische Botschafter für Neuseeland, Samoa und Tonga ist Anfang des Jahres mit neuen Befugnissen ausgestattet worden. Tantowi Yahya ist nun auch nicht-residentieller Botschafter für die anderen unabhängigen pazifischen Inselstaaten. Yahya hatte im vergangenen Jahr

mit seiner Analyse „*Pacific Elevation*“ maßgeblich dazu beigetragen, eine neue Strategie der indonesischen Regierung im Umgang mit den pazifischen Anrainerstaaten zu entwickeln.

Mit seinen Überlegungen unter dem Thema „Indo-Pacific Outlook“ hatte Yahya auf potentielle neue Kooperationen zwischen Indonesien und den Pazifikstaaten in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Vernetzung und maritime Zusammenarbeit hingewiesen. Für diplomatisches Aufsehen hatte dabei seine Aussage gesorgt, die indigenen Völker Westpapas und der Molukken müssten besser in die indonesische Vielvölkergesellschaft integriert werden und mehr Rechte bekommen.

Info: Tantowi Yahya wurde am 29. Oktober 1960 in Palembang (Süd-Sumatra) geboren. Seit März 2017 ist der Politiker Botschafter für Neuseeland, Samoa und Tonga. Zuvor war der extrovertierte Botschafter jedoch so eine Art „Superstar“ im indonesischen Fernsehen. Yahya ist Entertainer und Moderator und moderierte zwischen 2001 und 2006 die indonesische Version der Quizshow „Wer wird Millionär?“. Außerdem machte Yahya als Akkordeonspielender Country-Sänger Karriere. Er gründete den *Country Music Club Indonesia*, nahm erfolgreich an Country-Wettbewerben u.a. im amerikanischen Nashville teil und veröffentlichte zehn Country-Alben mit mehr als drei Millionen verkauften CDs. Er trat mehrfach in Musiksendungen im indonesischen Fernsehen auf und wurde zum erfolgreichsten Country-Sänger des Staates gewählt.

Seine schillernde TV-Karriere kam zu einem abrupten Ende, als er 2009 überraschend in das indonesische Repräsentantenhaus gewählt wurde. Yahya ist Mitglied der *Golkar Party*. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. (*Jakarta Post* 12.08.2009, *Radio NZ Intern.* 15.07.19, 22.02.20, *Wikipedia*)

Außenministerin fordert vor UN den Schutz der Zivilbevölkerung während Corona-Pandemie

Indonesien: Während auch in Westpapua die Corona-Infektionen weiter steigen und die Papuas zusätzlich weiter Marginalisierung, Militär- und Polizeigewalt ausgesetzt sind, hat sich die indonesische Außenministerin Retno Marsudi in einer Telefonkonferenz des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UN) für einen internationalen Waffenstillstand in Konfliktzonen ausgesprochen - ohne dabei Westpapua zu erwähnen.

„Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die moralische Verpflichtung, Zivilisten in bewaffneten Konflikten während der Pandemie zu schützen“, sagte Retno Marsudi in einer schriftlichen Erklärung des Außenministeriums, die am 28. Mai 2020 in Jakarta entgegengenommen wurde. Retnos Erklärungen wurden in einer offenen Video-Telekonferenzsitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten am Mittwoch, 27. Mai 2020, übermittelt.

„Die COVID-19-Pandemie hat das Elend der Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten noch verschärft und (dies) hat es für uns noch schwieriger gemacht, Zivilisten zu schützen“, sagte Retno weiter.

In Anlehnung an den Aufruf des UN-Generalsekretärs zu einem sofortigen weltweiten Waffenstillstand - der den politischen Willen und die Einheit des UN-Sicherheitsrates erfordere - bezeichnete sie die besetzten palästinensischen Gebiete als ein Lehrbuchbeispiel dafür, warum die Einhaltung des Völkerrechts so dringend erforderlich sei. Die bevorstehende Annexion palästinensischen Landes werde eine Zwei-Staaten-Lösung untergraben, die regionale Sicherheit bedrohen und den Fokus der Welt von der Bekämpfung des COVID-19 ablenken. Sie rief dazu auf, die Stärkung der Frauen in den Mittelpunkt des Schutzes der Zivilbevölkerung

zu stellen: *„Frauen zu ermächtigen bedeutet, die ganze Nation zu ermächtigen.“*

Zu diesem Zweck plane Indonesien, ein südostasiatisches Netzwerk von Friedensunterhändlerinnen und -vermittlerinnen einzurichten und die Zahl seiner weiblichen Friedenstruppen, die in Missionen der Vereinten Nationen dienen, zu erhöhen.

Die Situation in Westpapua mit derzeit über 40.000 Binnenvertriebenen, die ohne sichere Unterkunft, Zugang zu medizinischer Versorgung und Ernährungsunsicherheit durch das Coronavirus besonders gefährdet sind, sowie die anhaltende Gewalt gegenüber indigenen Papua seitens des Militärs und der Polizei, erwähnte Marsudi nicht. Auch ist es seit Jahren keiner internationalen Organisation möglich, sich ein Bild von der Situation in Westpapua vor Ort zu machen und eine Zusage Jokowis, Vertreter des UN-Menschenrechtsrates nach Westpapua einreisen zu lassen, wurde bisher nicht umgesetzt. (*Westpapua-Netzwerk 05.06.20*)

Freeport reduziert Personal wegen Corona

Westpapua: Die COVID-19-Infektionen im Landkreis Mimika, wo Freeport die Grasberg-Mine betreibt, erreichten am 17. Mai 150 Fälle (sowie 3 Tote), darunter 102 Fälle in Tambagapura, den Wohnquartieren, die zur Unterbringung der Freeport-Arbeiter und ihrer Familien gebaut wurden. Dies veranlasste die Bergbaufirma Freeport-McMoRan dazu, ihre Belegschaft zu reduzieren und die Mine nur noch mit einem notwendigen Team zu betreiben. Das Westpapua-Netzwerk berichtete am 7. Mai, dass die Grasberg-Mine trotz des positiven COVID-19-Tests von 85 Freeport-Mitarbeitern nach wie vor mit voller Kapazität betrieben wird.

Freeport legte nicht offen, wie viele der infizierten Personen in Tambagapura Arbeiter waren, aber es hatte seine Unterkünfte

vor Ort in Isolierstationen für Angestellte umgewandelt, die mit infizierten Personen in Kontakt gekommen waren. Die Zahl der isolierten Arbeiterinnen und Arbeiter wurde ebenfalls nicht bekannt gegeben.

Die Entscheidung, mit nur noch einem notwendigen Team zu arbeiten und die Arbeiter zu isolieren, soll sicherstellen, dass sie sich sozial wirksam distanzieren können und eine weitere Verbreitung des Virus verhindern.

Eine vollständige Schließung der Grasberg-Mine ist unwahrscheinlich, da das Projekt weitergeführt werden muss, um das Bergwerk zu erhalten und den Schaden für das Bergwerk und die Gefahr für die Arbeiter so gering wie möglich zu halten.

Der Betrieb von Grasberg wurde 2017 beeinträchtigt, nachdem Tausende von Arbeitern aufgrund eines Vertragsstreits mit der Regierung eine Kundgebung über Entlassungen durch Freeport veranstaltet hatten. Aber selbst dann verfügte Freeport weiterhin über ein Team von Arbeitern, die das Bergwerk instand hielten und betrieben, um die Sicherheit der Arbeiter zu gewährleisten.

Freeport schloss auch Kirchen und Moscheen auf dem Gelände, um Versammlungen großer Menschenmengen zu verhindern, und setzte eine Task Force ein, um die Sauberkeit des Geländes zu gewährleisten und Versammlungen zu verhindern.

Freeport beschäftigt 25.000 Menschen in der Mine und in Zulieferbetrieben. (*Westpapua-Netzwerk 28.05.20, <https://www.mining-journal.com/covid-19/news/1387184/freeport-to-reportedly-run-grasberg-on-skeletal-team-after-rise-of-covid-19>*)

Anwohner lehnen Bau einer Militärbasis ab

Westpapua: Das indonesische Militär (Tentara Nasional Indonesia, TNI) baut eine Militärbasis in dem Regierungsbezirk Tambrau in der Provinz Papua-Barat. Anwohner behaupten, dass Militär-angehörige sie unter Druck ge-

setzt hätten, fünf Hektar gewohnheitsrechtliches Land für den Bau eines Militärbezirkskommandos (KODIM) und eines Militärunterbezirkskommandos (KORAMIL) im Bezirk Kwoor freizugeben. Sie forderten die örtliche Regierung auf, anstelle der militärischen Einrichtungen angemessene Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zu bauen.

Die Anwohner befürchten, dass die Anwesenheit des Militärs in dem Regierungsbezirk zu Fällen militärischer Gewalt gegen die Anwohner führen werde. Besonders die ältere Generation der indigenen Papuas in Tambrau hat noch die gewalttätigen Militäroperationen unter Indonesiens ehemaligem Präsidenten Suharto erlebt, die von groben Menschenrechtsverletzungen gegen die indigene Bevölkerung Westpapas begleitet waren.

Nach Angaben lokaler Informanten begann das Militär im September 2019 mit dem Bau der Basis, ohne die indigenen Landrechtsinhaber zu konsultieren. Im Oktober 2018 versuchten Vertreter des Militärs, die indigenen Landrechtsinhaber mit Geld zu beeinflussen. Die Landbesitzer gaben das Geld jedoch mit der Erklärung zurück, dass sie keinen Militärstützpunkt in der Nähe ihrer Dörfer haben wollen. Ende Januar 2020 zog das Militär in ein ehemaliges Bürogebäude der Regierung in Wembrau Sausapor ein, das der Regierungschef von Tambrau, Gabriel Asem, dem Militär übergeben hatte. Im Februar 2020 begannen die Militärangehörigen bereits mit dem Bau einer KORAMIL im Distrikt Kwoor - ohne vorherige Absprache oder Vereinbarung mit den indigenen Landrechtsinhabern.

Nach den erhaltenen Informationen schrieben die lokalen Landeigner am 26. April 2020 einen Brief an die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM), in dem sie ihre Ablehnung für den Militärstützpunkt in Tambrau zum Ausdruck brachten. Am folgenden Tag stattete ein militärischer Vertreter namens Major Yoyo dem Oberhaupt des Stammesbrauchrates (DAS), Abun Melky Yekwam,

einen Besuch ab, um ihn zu dem Brief zu befragen und über den weiteren Bau der Militärbasis zu verhandeln. Berichten zufolge nahmen die Militärangehörigen den Besuch auf Video auf.

Seit dem Treffen besuchten die Militärangehörigen Berichten zufolge die traditionellen Landbesitzer in ihren Häusern und Gärten, um sie über den Bau der Militäreinrichtungen zu befragen und sie aufzufordern, ihr Land freizugeben. Die Landbesitzer fühlen sich eingeschüchtert und unter Druck gesetzt, da die Militärangehörigen die Antworten auf Video aufzeichneten. Die Militärangehörigen scheinen einen Fokus auf indigene Gemeinden in den Bezirken Sausapor und Bikar zu legen. Der Regierungschef wird um einen Dialog über das Land gebeten, das die örtliche Regierung dem Militär für den Bau der KODIM und KORAMIL zur Verfügung gestellt hatte. Am 28. April 2020 starteten Studenten aus Tambrau friedliche Proteste gegen den Bau der KODIM in Jayapura.

Aus rechtlicher Sicht sieht das Gesetz Nr. 34/2004 über das indonesische Militär vor, dass die Präsenz des Militärs nur in Gebieten mit bewaffneten Konflikten oder in Gebieten, die an ein Nachbarland grenzen, obligatorisch ist. Der Regierungsbezirk Tambrau befindet sich weder in der Nähe einer Grenze, noch haben Beobachter in den letzten Jahren über Aktivitäten der *Nationalen Befreiungsarmee Westpapas* (TPN PB) berichtet. Das Gesetz Nr. 34/2004 beschränkt die Funktion des Militärs auf die Landesverteidigung im Falle eines bewaffneten Konflikts und den Schutz der Grenzen. Das Militär kann die Polizei unterstützen, um die nationale Sicherheit aufrechtzuerhalten oder humanitäre Hilfe zu leisten. (*Westpapua-Netzwerk online 13.05.20*)

Milde Urteile für Aktivisten

Westpapua: Pfarrer Dr. Siegfried Zöllner aus dem Kirchenkreis Schwelm berichtet hier über die Urteile gegen papuanische Aktivisten:

Papuanische Studierende waren im August und September 2019 in Surabaya auf der Insel Java von fanatischen Nationalisten als Affen, Schweine und Hunde beschimpft worden. Statt ihnen zu helfen, hatten die indonesischen Sicherheitskräfte die Beschimpften festgenommen, geprügelt und inhaftiert. Der Vorfall hatte Antirasismus-Demonstrationen in vielen Städten in Westpapua ausgelöst. Die indonesischen Sicherheitskräfte verhafteten im Verlauf dieser Demonstrationen pauschal unzählige Demonstranten. Die meisten wurden wieder frei gelassen, gezielt suchte man die so genannten Rädelsführer der Demos. Gegen etwa 50 Demonstranten wurden Strafverfahren eingeleitet. Die Prozesse fanden bzw. finden noch in Jakarta, Jayapura und Wamena statt. Sieben Angeklagte (Die „Sieben“) wurden im September 2019 plötzlich nach Kalimantan verlegt, wo das Bezirksgericht in Balikpapan den Prozess führen sollte. Die Angeklagten wurden von ihren Familien getrennt, den Verteidigern wurde die Kommunikation mit ihren Mandanten und mit dem Gericht erheblich erschwert. Zeugen der Verteidigung konnten nicht in erforderlichem Umfang vorgeladen werden. Die Zeugen der Anklage waren lediglich Polizeibeamte. Von Anfang an galt der Prozess als unfair und ungerecht.

Während der Untersuchungshaft kam die Corona-Krise. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen forderte Indonesien auf, alle politischen Gefangenen vorläufig wegen der Ansteckungsgefahr aus den Gefängnissen zu entlassen. Indonesien weigerte sich.

Anfang Juni 2020 gab die Staatsanwaltschaft ihr gefordertes Strafmaß bekannt

Buchtar Tabuni, stellvertr. Vors. ULMWP: 17 Jahre Gefängnis.

Agus Kossay, Vorsitzender der KNPB: 15 Jahre Gefängnis.

Steven Itlay, Vorsitzender der KNPB Timika: 15 Jahre Gefängnis.

Alexander Gobai, Studentenvertreter der Techn. Uni: 10 Jahre Gefängnis.

Ferry Kombo, Studentenvertreter der Uncen: 10 Jahre Gefängnis.

Hengki Hilapok, Student: 5 Jahre Gefängnis.

Irwanus Uropmabin, Student: 5 Jahre Gefängnis.

Gerade waren in den USA die anti-rassistischen Demonstrationen nach dem Tod von George Floyd ausgebrochen. Rassismus war sofort wieder in Papua ein aktuelles Thema. Die hohen Strafforderungen der Staatsanwaltschaft wurden mit der generellen rassistischen Einstellung der Indonesier gegenüber den Papua begründet.

In Anlehnung an die Bewegung *#BlackLivesMatter* entstand die Bewegung *#PapuaLivesMatter*. In Papua trafen sich die Führer der Religionsgemeinschaften einschließlich der Muslime, Hindu und Buddhisten und verfassten eine Petition an den Präsidenten. Sie benennen darin sehr detailliert die Ungerechtigkeiten der Justiz, die auf den latenten Rassismus gegenüber den Papua zurückzuführen seien.

Der unwürdige und ungerechte Prozess gegen die „Sieben“ in Balikpapan wurde auch international wahrgenommen. Die englische Organisation *TaPol*, die sich um politische Gefangene in Indonesien kümmert sowie *Amnesty International* starteten Protestaktionen. Am 12. Juni meldeten sich die „Sieben“ aus Balikpapan selbst mit einer Erklärung an Freunde: *„Heute endete das Plädoyer der Verteidigung. Am 17. Juni soll das Urteil gesprochen werden. Wir politischen Gefangenen sind Opfer des Rassismus. Wir wenden uns an alle Menschenrechtsaktivisten, wo immer sie sind, und bitten um Unterstützung. Gott der Herr, bei dem Gerechtigkeit und Wahrheit wohnen, möge uns helfen in der bevorstehenden Sitzung des Gerichts.“*

Am Mittwoch, 17. Juni 2020, wurden die Urteile gesprochen. Sie lauten:

Buchtar Tabuni: 11 Monate Gefängnis.

Agus Kossay: 11 Monate.

Steven Itlay: 11 Monate.

Alexander Gobai: 10 Monate.

Ferry Kombo: 10 Monate.

Hengki Hilapok: 10 Monate.

Irwanus Uropmabin: 10 Monate.

Das Gericht hätte die Sieben bedingungslos frei (nicht schuldig) sprechen müssen. Doch in einigen früheren Gerichtsprozessen hat sich gezeigt, dass die Richter gern ein Strafmaß wählen, das in etwa der Untersuchungshaft entspricht. Damit entfällt für den Staat eine sonst übliche Entschädigung für die Untersuchungshaft. Es bleibt für beide Seiten, die Staatsanwaltschaft so wie die Verurteilten, die Möglichkeit, in Berufung zu gehen.

Info: Laut TaPol befinden sich noch 44 Papua als politische Gefangene in Haft. Die Prozesse laufen bereits oder werden noch in Zukunft geführt. (Artikel von S. Zöllner 18.06.20, gekürzt durch die Redaktion J.R.)

AUSTRALIEN

Bergbaukonzern plant Zerstörung von Kultstätten

Die Firma BHP, ein anglo-australisches börsennotiertes Unternehmen für Bergbau, Metalle und Erdöl mit Sitz in Melbourne (Bundesstaat Victoria), will seine fünf Eisenerzminen bei South Flank in der Wüste Pilbara im Bundesstaat *Western Australia* für 3,6 Milliarden US-Dollar vergrößern und erwägt dafür die Zerstörung von rund 40 Kulthöhlen der dort ansässigen Aborigines vom Stamm der Banjima. Die Nischenhöhlen in den Felsen sind vermutlich 15.000 Jahre alt.

Nach australienweiten Protesten gegen die Pläne des Konzerns, hat die Konzernleitung zurückgerudert und bekannt gegeben, man werde die mit Felsmalereien ausgekleideten Höhlen erst nach „umfangreicher Konsultation“ (Zitat) mit den traditionellen Landeignern

einebnen. BHP veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der es heißt: *„We take a sustainable approach to our mining operations and work in partnership with traditional owners to ensure that each stage of development is informed by their views.“*

Maitland Parker, der Vorsitzende der *Banjima Native Title Aboriginal Corporation*, erklärte: *„[...] the Banjima people do not support the destruction of sites of cultural significance.“*

Seit 2015 gibt es seine offizielle Vereinbarung zwischen den Banjima und BHP, was die Abbautätigkeit auf dem Land der Banjima angeht. Da diese Vereinbarung kein explizites Verbot der Zerstörung von Kultstätten enthält, glaubt sich der Bergbaukonzern im Recht. Zwar haben die Banjima rund 72 Zonen, in denen keine Bergbautätigkeit stattfinden darf, in die Vereinbarung aufgenommen, die betreffenden 40 Stätten gehören jedoch nicht zu diesen Ausnahmen.

Kurz vor Bekanntgabe der BHP-Pläne hatte der britisch-australische Bergbaukonzern *Rio Tinto* zwei rund 46.000 Jahre alte Höhlen in der Juukan-Schlucht in der Pilbara-Wüste zerstört, um ebenfalls seine Minentätigkeit in den dort bestehenden 16 Eisenerz-Minen ausweiten zu können. Dies hatte zu landesweiten Protesten von Aborigine-Verbänden geführt. Burchell Hayes, Direktor der *PKKP Aboriginal Corporation* und Berater von BHP, sagte, die Zerstörung von Kultstätten („sacred sites“) sei „hart“ und ein „dicker Brocken“, den man schlucken müsse.

Nach Angaben von Professorin Samantha Hepburn, der Direktorin des *Center for Energy and Natural Resources Law* an der Deakin University in Melbourne, sei die Rechtslage leider sehr unsicher. Es gäbe noch keine Gesetze, die die Zerstörung von heiligen Stätten der Aborigines verböten, so die Juristin. Landeignern hätten das Recht, ihr Land an Konzerne zu verkaufen, die dort Bodenschätze fördern wollen. Es gelte, auf das kulturelle Erbe der Aborigines aufmerksam zu machen und die

uralten Stätten auch für die nächsten Generationen zu erhalten. (*New York Times* 11.06.20, <https://www.riotinto.com/operations/australia/pilbara>, *Finacial Review* 11.06.20, <https://www.bhp.com/our-businesses/minerals-australia/>)

Dramatische Korallenbleiche am Riff

Australische Riff-Spezialisten unter Leitung von Professor Terry Hughes haben bei Erkundungsflügen über das *Great Barrier Reef* dramatische Schäden festgestellt. Mindestens zehn Jahre Erholung wären für die Korallenriffe nötig, so die Meinung der Wissenschaftler von der *James Cook University* in Townsville. Die Riff-Experten hatten über einen Zeitraum von neun Tagen elf Erkundungsflüge unternommen und waren das rund 2.300 Kilometer lange Riff an der Ostküste des Kontinents gründlich abgeflogen. Erstmals habe man dabei Riffe entdeckt, bei denen 60 % der Korallen unter Korallenbleiche litten, also abgestorben seien, erklärte Hughes, Direktor des *Center of Excellence for Coral Reef Studies* an der Uni.

Die *Great Barrier Reef Marine Park Authority* (GBRMPA) hat bestätigt, dass das weltberühmte Korallenriff zum dritten Mal in fünf Jahren unter einer Massenbleiche leidet. Das Riff war bereits 1998, 2002, 2016 und 2017 von Massenbleichen betroffen, bei der große Teile des Korallenriffs abstarben. Die aktuellen Luftaufnahmen zeigen nun, dass von der jetzigen Bleiche auch Gebiete betroffen sind, die 2016 und 2017 noch relativ wenig beeinträchtigt waren. Bisher blieb der südliche Teil des Korallenriffs von den schlimmsten Auswirkungen verschont, das hat sich nun geändert. „Herzzerreißend“ sei der Anblick, beschreibt Hughes die Schäden am 1981 zum UNESCO-Weltnaturerbe ernannten Riff.

Die Temperaturen an der Wasseroberfläche rund ums *Great Barrier Reef* waren noch nie so hoch wie im vergangenen Februar. Zu hohe Meerestemperaturen sind auch der Grund für die Massenbleiche.

Die Temperaturen an der Meeresoberfläche lagen teilweise bei 31°C, das sind ganze 3°C über dem Durchschnitt. Die am häufigsten vorkommenden Korallenarten im *Great Barrier Reef* sind die Geweihkoralle und die Tafelkoralle. Beide reagieren besonders sensibel auf die extremen Hitzebedingungen.

Info: Im Juli steht eine Bewertung des Welterbe-Komitees der UNESCO an. Dabei wird geprüft, wie Australien das *Great Barrier Reef* managt und schützt.

Die australische Regierung stellte bereits im Herbst 2014 einen Katalog an Schutzmaßnahmen unter dem Titel "Riff 2050 Langzeit-Nachhaltigkeitsplan" (*Reef 2050 Plan*) vor und brachte seither einige Maßnahmen auf den Weg. Anfang Juli 2017 lenkte das zuständige UNESCO-Komitee ein und setzte das *Great Barrier Reef* vorerst nicht auf die „Rote Liste“. Mit verschiedenen Maßnahmen soll das Ökosystem gemäß dem "Riff 2050 Langzeit-Nachhaltigkeitsplan" bis 2050 besser geschützt werden. Unter anderem will die Regierung rund 1,3 Milliarden Euro investieren, um die Wasserqualität zu verbessern und das weitere Absterben der Korallen zu verhindern.

(<https://www.environment.gov.au/marine/gbr> <https://www.wwf.de/2020/maerz/dramatische-korallenbleiche-im-great-barrier-reef/>, *New York Times* 06.04.20, *Tagesschau* 07.04.20)

Australien lehnt Rechte für Insulaner ab

Norfolk-Insel: Die australische Regierung hat vor dem UN-Menschenrechtsrat eine vom Ältestenrat der als externes Territorium von Australien verwalteten Norfolk-Insel eingebrachte Beschwerde scharf zurückgewiesen.

Unter Führung des Vorsitzenden Albert Buffet und seines Beraters, des ehemaligen Ministerpräsidenten der Insel André Nobbs, hatte der Ältestenrat Australien vorgeworfen, die Rechte der Insulaner auf kulturelle und politische Autonomie, die ihnen als indigenes Volk zustehen, zu verletzen. 2015

hatte Australiens Bundesparlament gegen den in einem Referendum geäußerten Willen der Inselbevölkerung die seit 1979 bestehende autonome Landesregierung abgeschafft und stattdessen eine ans 19. Jahrhundert erinnernde autoritäre Kolonialherrschaft Canberras wiedereingeführt. Später war durch die Veröffentlichung eines internen Memorandums klarge worden, dass das dabei von Canberra verfolgte Hauptziel die Auslöschung der spezifischen Identität der Insulaner und deren Assimilierung in die Gesellschaft Australiens war.

In seiner Antwort auf die Vorwürfe meinte ein australischer Regierungssprecher, die Bevölkerung der Insel sei nicht indigen, sondern bestünde aus weißen Australiern, die sich von denen des Festlands kulturell nicht unterschieden. Des Weiteren gäbe es auf der Insel keine Einschränkung der Demokratie.

Diese Darstellung lässt allerdings vollkommen außer Acht, dass die Norfolk-Insulaner trotz überwiegend hellerer Hautfarbe eben keine Weißen, sondern ein Kreolvolk gemischter tahitischer und britischer Abstammung sind, dass auf die berühmte Meuterei auf dem britischen Schiff „Bounty“ Ende des 18. Jahrhunderts zurückgeht. Teile der Meuternden besiedelten damals gemeinsam mit Frauen aus Tahiti die Insel Pitcairn und deren Nachfahren wurden 1856 auf die damals unbewohnte Norfolk-Insel umgesiedelt. Mit der Siedlungsgeschichte Australiens, unter dessen Verwaltung die Insel erst 1914 gestellt wurde, haben die Insulaner nichts zu tun. Da sie ihre einzigartige, polynesisch-europäisch gemischte Sprache und Kultur haben, kein zuvor dort siedelndes Volk verdrängt oder unterdrückt haben, später der Kolonialherrschaft eines Drittlandes unterworfen wurden und sich selbst als indigen definieren, erfüllen die Norfolk-Insulaner alle völkerrechtlichen Voraussetzungen, als indigenes Volk anerkannt zu werden.

Die Tatsache, dass die Abschaffung der Autonomie gegen den klar in einem Referendum ausge-

drückten Volkswillen durchgeführt wurde und dass die Insulaner nach Abschaffung ihres Landtags nun keinen Einfluss mehr auf die Gesetzgebung auf ihrer Insel nehmen können (bis auf einen gewählten Rat auf kommunaler Ebene mit wenig Befugnissen), bezeugt außerdem, dass die demokratische Mitbestimmung dort heute massiv eingeschränkt ist.

Mittlerweile gehen die Proteste auf der Insel unvermindert weiter. Die Besetzung des ehemaligen Landtagsgebäudes durch Aktivisten, die im Garten des Gebäudes eine Zeltsiedlung mit Infostand errichtet haben, dauert inzwischen mehr als fünf Jahre an. Duncan Sanderson, einer der Organisatoren der Initiative, kündigte an, die Besetzung werde so lange anhalten, bis die Insel von der UN als Nichtselbstregiertes Territorium anerkannt und Schritte zur Entkolonisierung eingeleitet werden. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tahiti. Quellen: Radio New Zealand, The Canberra Times, eigene Recherchen)

SPORT

Ironman Hawai'i verschoben

Hawai'i: Wegen der Corona-Pandemie wurde der für den 10. Oktober 2020 geplante Ironman auf den 6. Februar 2021 verschoben. Damit wird es im nächsten Jahr gleich zwei Ironman-Wettkämpfe in Kailua-Kona geben. Zum Termin im Februar gesellt sich der übliche Herbsttermin des Triathlons am 9. Oktober 2021. Für den Februar-Termin rechnen die Veranstalter mit guten klimatischen Bedingungen, da es um diese Jahreszeit mit durchschnittlich 22 Grad etwas kühler ist und es weniger regnet als im Oktober. Allerdings steigt im Februar auch die Gefahr von Wirbelstürmen. Mit den neuen Planungen wird auch der Qualifikationszeitraum für die Ironman-WM verlängert. In Europa wurden zuletzt zahlreiche ursprünglich für den Sommer 2020

geplante Qualifikationsrennen auf die Monate September und Oktober verschoben. Bisher sind nach Aussage von Ironman-Geschäftsführer Andrew Messick rund 1.000 der 2.500 Qualifikationsplätze für das Rennen über 3,86 Kilometer Schwimmen, 180,2 Kilometer Radfahren und 42,195 Kilometer Laufen vergeben.

Zuletzt gab es im Jahr 1982 zwei Ironman innerhalb eines Jahres, als man den Termin generell vom Frühjahr in den Herbst verschob.

Noch offen ist ein neuer Termin für die Ironman-70.3-WM in Neuseeland, die ebenfalls nicht mehr in 2020 stattfinden kann. Geplant war diese für das letzte Novemberwochenende.

(<https://www.maxfunsports.com/news/2020/ironman-hawaii-verschoben-1>, <https://trimag.de>)

Olam verlängert in Melbourne

Australien: Der neuguineische Rugby-Profifußballer Justin Olam hat im Mai seinen Vertrag als Zentrumsspieler bei den „Melbourne Storm“ um zwei Jahre verlängert. Olam wurde beim *Queensland Intrust Super Cup* 2016 von Headhuntern entdeckt und für einen Zweijahresvertrag 2017 und 2018 nach Melbourne geholt.

Olam wurde am 23. Dezember 1993 im Sinesine Yonggomugl District in der Chimbu Province geboren. Der 1,78 m große und 92 Kilo schwere Sportler (Spitzname „Juzzy“) hat an der *University of Technology* in Lae Angewandte Physik studiert und dort auch seinen Bachelor gemacht. 2015 begann er noch während seines Studiums, für die *Lae Snax Tigers* in der neuguineischen Rugby Liga zu spielen.

Die *Melbourne Storm* sind ein professioneller Rugby-League-Verein in Melbourne (Bundesstaat Victoria). Die Stormers spielen zurzeit in der populären australischen *National Rugby League* und zählen dort zu den erfolgreichsten Teams. (Rugby League Info 26.05.20,

<https://www.melbournestorm.com.au/teams/elstra-premiership/melbourne-storm/justin-olam/>)

Weitere Termine

Fußball:

Die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2023 findet in Australien und Neuseeland statt, wie am 25.06.2020 beschlossen wurde.

Die neunte Weltmeisterschaft wird auch die größte. Zum ersten Mal werden 32 Länder gegeneinander antreten.

Rugby:

Die Rugby Meisterschaften 2020 finden vom 08.08.2020 bis 27.09.2020 statt.

Es ist die neunte jährliche Meisterschaft der südlichen Hemisphäre mit Argentinien, Australien, Südafrika und Neuseeland. (Termine von FSJlerin Lilly Baschton)

„TOK BILONG PASIFIK“

Segler nach Monaten gerettet

Fidschi: Nach drei Monaten auf See konnte Ende April der Segler Wong Tetchoong aus dem Upper Bukit Timah District (Singapur) von fidschianischen Marinesoldaten geborgen und nach Fidschi gebracht werden.

Der 59-jährige erfahrene Segler war am 2. Februar von Singapur aus zu einem dreijährigen Segelabenteuer mit seinem Katamaran *XIMULA III* aufgebrochen. Wegen des Beginns der Corona-Pandemie und des anschließenden Lockdowns der pazifischen Inselstaaten konnte Tetchoong nicht mehr an Land gehen. Mit dem Fortschreiten der Pandemie wurden die Häfen der pazifischen Staaten geschlossen.

Die erste Etappe führte ihn nach Indonesien, wo er nach knapp einem Monat zwei Mitsegler absetzte. Sie hatten einen indonesischen Pass und durften das Boot verlassen. Indonesien hatte jedoch be-

reits seine Grenzen für Ausländer geschlossen und der Singapurer Tetchoong durfte nicht mehr an Land. „*Ich segelte von Indonesien nach Papua-Neuguinea (ca. 2.500 Seemeilen), weil das Wetter gut war, aber als ich die Grenze erreichte, war sie geschlossen*“, schilderte Wong Tetchoong den Medien den Fortgang seiner Odyssee. Daraufhin sei er mit seinem 15 Meter langen Katamaran vom Typ Leopard zu den Salomonen weitergesegelt (ca. 800 Seemeilen). „*Die waren auch geschlossen*.“ Es folgte ein weiterer Schlag zum Inselstaat Tuvalu (ca. 1.200 Seemeilen), doch auch dort ließ man ihn nicht an Land gehen. „*Aber die Menschen in Tuvalu versorgten mich mit Lebensmitteln*“, schilderte Tetchoong, dem langsam die Lebensmittel und die Kraft zum Einhandsegeln ausgingen.

Am 29. April erreichte der Segler schließlich die Hoheitsgewässer von Fidschi bei den Yasawas-Inseln (ca. 650 Seemeilen). Da er technische Probleme mit der Ruderanlage und dem Autopiloten hatte und starke Winde wehten, konnte er nicht weitersegeln. Zwei Tage lang kreuzte er vor Fidschi, dann schaffte es seine Tochter aus Singapur per Telefon, den Behörden die Situation zu erklären und sie von dem Notfall zu überzeugen. Die Marine (*Fiji Maritime Surveillance Rescue Coordination Centre*) schickte ein Patrouillenboot, das den Katamaran in die *Marina Vuda* (Viti Levu) schleppte. „XIMULA III“ konnte im engen Hafen nicht mehr aus eigener Kraft manövrieren. Der Skipper wurde in einem Krankenhaus in Lautoka untersucht, dann durfte er offiziell nach rund 5.000 Seemeilen und drei Monaten auf See im Hafen festmachen.

Er dankte der Marine für seine Rettung und erklärte, es gefalle ihm sehr gut in Fidschi.

Zwar gelten auch auf Fidschi wegen des Virus strikte Einreisebeschränkungen, aber weil der Segler so lange auf See war, sei das Risiko, dass er sich mit dem Virus infiziert habe, recht niedrig, so ein Marinesprecher. Der Segler wartet nun auf die allgemeine Grenzöffnung auch in Fidschi. Er wolle

dann zu seiner Frau und den beiden Kindern nach Singapur zurückkehren.

Fidschi zählt bis dato (30. Juni) 18 Corona-Infizierte, jedoch keine Todesfälle.

(<https://www.blauwasser.de/corona-seglerrettung-fidschi>, Magazin SegelReporter 11.05.20, Fiji Sun 05.05.20)

Vater und Sohn fliegen für Air Niugini

Papua-Neuguinea: Erstmals in der Geschichte der neuguineischen Luftfahrt beschäftigt die staatliche Fluggesellschaft *Air Niugini* zwei Mitglieder einer Familie als Piloten.

Flugkapitän Paun Nonggorr ist Dienstältester Pilot bei *Air Niugini*. Er fliegt die Boeing 767 und damit das größte Flugzeug der Flotte. Sein Sohn Jason machte jetzt die Kapitänslizenz für das zweistrahlige Passagierflugzeug „Fokker 100“ und fliegt ebenfalls für die *Air Niugini*.

Der 63-jährige Paun Nonggoorr aus Koepka/Mount Hagen (Western Highlands) trat im Juni 1975 in den Dienst von *Air Niugini*, nachdem er seine Flugausbildung in Cessnock (New South Wales/Australien) erfolgreich absolviert hatte. Er begann als erster Offizier auf einer Fokker und machte im Alter von 26 Jahren als damals jüngster Pilot das Kapitänspatent für Jet-Flugzeuge. Ab 1985 flog er einen A310 auf internationalen Flügen.

Mit 44 Dienstjahren bei *Air Niugini* ist er der älteste und erfahrenste Pilot des Teams sowie Ausbilder in der Flugschule der *Air Niugini*. In Pilotenkreisen gilt Nonggorr als „Pionier der Luftfahrt“ in Papua-Neuguinea. Es mache ihn und die Familie seiner Frau Anne (die von Wuvulu Island/Manus stammt und ausgebildete Stewardess ist) stolz, dass sein Sohn nun in seine Fußstapfen trete, erklärte Paun.

Der 30-jährige Jason Nonggorr arbeitet seit sieben Jahren für die *Air Niugini* und fing dort als Pilot von Klein- und Frachtflugzeugen an. Vor sechs Monaten bestand er die

Pilotenprüfung für größere Passagierflugzeuge. Jason sagte, sein Traum sei es, eines Tages die Fluglizenz für die Boeing zu bestehen und dann als Co-Pilot gemeinsam mit seinem Vater fliegen zu können. (*Air Niugini InFlight Magazin Juni 2020*)

† Rüdiger Nehberg

Deutschland: Am 1. April starb im Alter von 84 Jahren in Rausdorf (Holstein) der Survival-Pionier und Menschenrechtsaktivist Rüdiger Nehberg.

Nehberg wurde am 4. Mai 1935 in Bielefeld geboren. Von 1951 bis 1960 unternahm er Radtouren um die halbe Welt. Ab 1965 arbeitete der gelernte Bäcker und Konditormeister als Konditor in Hamburg. Seine Konditorei mit bis zu 50 Angestellten führte er 25 Jahre. Einen Namen machte sich Nehberg durch spektakuläre Aktionen als Überlebenskünstler auf dem Atlantik, im Dschungel Brasiliens und in der Wüste.

Die mediale weltweite Aufmerksamkeit nutzte der im Volksmund als „Sir Vival“ bekannte Outdoor- und Überlebens-Experte, um sich für bedrohte Völker einzusetzen, seit 1980 vor allem für das Indianervolk der Yanomami in Südamerika.

Als Test für künftige Aktionen im Urwald legte er 1981 auf einem „Deutschlandmarsch“ von Hamburg nach Oberstdorf 1.000 Kilometer zurück und lebte von dem, was er abseits der Zivilisation in der Natur fand. Im Jahre 1983 unternahm Nehberg seine erste Reise nach Südafrika. Nur mit einem Tagebuch ausgestattet durchwanderte er eine Strecke von 400 Kilometern. 1987 überquerte er mit einem Tretboot den Atlantik. Ab 1989 trat Nehberg täglich als Studio-Experte in der vom Schweizer Fernsehen und 3sat ausgestrahlten Schweizer TV-Sendung „*Eins zu Eins – Steinzeit-Survival*“ auf, bei der mehrere Personen während zwei Wochen ohne moderne Hilfsmittel in der Natur gefilmt wurden.

1992 überquerte Nehberg gemeinsam mit der Menschenrechtsaktivistin Christina Haverkamp auf einem Bambusfloß erneut den Atlantischen Ozean. Damit trug er dazu bei, dass den Yanomami-Indianern ein geschütztes Reservat zugestanden wurde.

Am 31. Juli 2003 ließ er sich von einem Hubschrauber aus 50 Metern Höhe unbekleidet und lediglich mit einem Messer ausgestattet in den brasilianischen Urwald abseilen, um den Regenwald mit all seinen Gefahren zu bezwingen. Nach 25 Tagen verließ er unbeschadet den Urwald.

Im September 2000 gründete Nehberg die Menschenrechtsorganisation *TARGET*, die Erfolge im Kampf gegen die Verstümmelung weiblicher Genitalien erzielte. 2006 organisierte und finanzierte *TARGET* eine Konferenz unter der Schirmherrschaft des ägyptischen Großmuftis an der Uni in Kairo. Als Ergebnis dieser Konferenz verurteilten führende islamische Rechtsgelehrte die Praxis der Genitalverstümmelung.

Rüdiger Nehberg hinterlässt seine zweite Ehefrau Annette Nehberg-Weber und die aus erster Ehe stammende Schauspielerin Kirsten Nehberg. Sein letztes Buch mit dem Titel „Dem Mut ist keine Gefahr gewachsen“ erschien postum am 6. April 2020. (*Web Magazin* 04.04.20, <https://www.target-nehberg.de/de/news>, <https://www.ruediger-nehberg.de/>, *DM mobil* Nr. 4/20)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten wurden zusammengestellt von Pfarrer Arnim Doerfer, Referent für Papua-Neuguinea bei Mission EineWelt, Neuendettelsau.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Bougainville: Der Weg in die Unabhängigkeit

Mit einer überwältigenden Mehrheit von knapp 98 Prozent stimmte die Bevölkerung (ca. 250.000) der Insel Bougainville im November 2019 für ihre Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea (PNG).

Der Auslöser der zunehmend eskalierenden und in Bürgerkriegs-ähnlichen Zuständen endenden Bougainville-Krise fand ihren Anfang mit der Öffnung der Panguna-Mine 1972 im Tagebau. Die Kapazität der Mine wurde auf eine Milliarde Tonnen Kupfererz und 12 Millionen Unzen Gold geschätzt. Betreiber dieser Mine war *Bougainville Copper Limited* (BCL), eine Tochtergesellschaft des Australischen Minenunternehmens *Copper and Zinc Rio Tinto of Australia*.

Die Panguna-Mine gehörte seinerzeit zu den größten Kupferabbauprojekten der Welt. Gold und Silber wurden als zusätzliche Produkte aus der Mine gewonnen. Mit einer 20%tigen Beteiligung [Die traditionellen Landbesitzer wurden an diesen 20 % mit 0,5–1,25 % beteiligt.] generierte diese Mine 45 % der nationalen Exporteinnahmen und nahm eine wichtige Stellung im Staatsbudget von Papua-Neuguinea und seiner Wirtschaftskraft ein. Auch die Menschen von Bougainville verbanden viele Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände durch die Mine und eine gute Beteiligung an den Gewinnen aus 'ihren' Bodenschätzen.

Der laufende Betrieb der Mine offenbarte über die Jahre jedoch etliche Probleme, die den Unmut der traditionellen Landbesitzer und der

weiteren Inselbevölkerung hervorrief. Verheerende Umwelteinflüsse wurden angemahnt und ein auf der Insel errichtetes Apartheidsystem angeprangert, welches sich an den separierten Wohn- und Lebensbereichen der weißen und schwarzen Mitarbeiter verdeutlichte. BCL wurde für die Vergiftung des gesamten Jaba-Flusssystems beschuldigt, was zu einer Häufung von Missgeburten führte und die gesamte Population der Flughunde auf der Insel ausrottete. Ursächlich für den wachsenden Disput war jedoch die Revolte der Landbesitzer darüber, dass sie keine Teilhabe an den massiven Gewinnen der Mine bekamen und nicht ausreichend Zugang zu Arbeitsstellen erhielten.

Ein Aufstand folgte, angeführt von Francis Ona, einem Panguna Landbesitzer und dem Kommandanten der neugegründeten *Bougainville Revolutionary Army* (BRA). Die von der Regierung entsandten Truppen, bestehend aus Polizei- und Militäreinheiten, gingen teilweise brutal gegen die BRA vor. Aber auch viele Zivilisten wurden Opfer des militärischen Vorgehens. Der folgende Bürgerkrieg führte am 15. Mai 1989 zur offiziellen Schließung der Mine. Bis zum 24. März 1990 war das gesamte BCL-Personal abgezogen. In den 10 Jahren, die dieser äußerst brutale Bürgerkrieg andauerte, starben über 20.000 Menschen.

Ein Ende der 1990er Jahre unter der Führung von Neuseeland begonnener Friedensprozess führte zunächst zu einem Waffenstillstand, dann zum Friedensabkommen von 2001 und zu der Gründung der *Autonomen Region Bougainville*. Unter Premierminister James Marape wurde das letztjährige Referendum vorbereitet.

Die Wiederinbetriebnahme der seit 20 Jahren stillgelegten Mine würde geschätzt ca. 4 bis 6 Milliarden Dollar benötigen und frühestens 2025 wieder den Betrieb aufnehmen können. Die Bevölkerung ist im Hinblick auf eine Wiederinbetriebnahme gespalten, es gibt Befürworter und Gegner.

Die pazifischen Anrainerstaaten beobachten die Situation in Bougainville sehr genau. Indonesien fürchtet den Funkenprung nach Westpapua, wo die indigene Bevölkerung zunehmend aufbegehrt gegen Jahrzehntelange Misshandlungen und wo zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Die Papuas könnten sich ein Beispiel nehmen an einer eventuellen Unabhängigkeit der Insel Bougainville, so die Befürchtung der indonesischen Regierung.

Australien möchte dem zunehmenden Einfluss Chinas im Pazifischen Raum entgegenwirken und würde vermutlich tatkräftige Unterstützung anbieten.

Durch ihre Partnerschaft mit der Lutherischen Kirche von Westpapua (GKI) und Lutherischen Gemeinden auf Bougainville wird auch die ELC-PNG betroffen sein von Veränderungen des politischen Status auf Bougainville.

Es bleibt also geo- und Kirchenpolitisch höchst spannend. (*Neue Züricher Zeitung* 17.12.2019, *Wikipedia – Panguna Mine*, eigene Recherche)

Ausstehende Löhne bei kirchlichen Mitarbeitenden

Die über 4.000 Mitarbeitenden der *Church Health Services* (CHS) warten nach vier Monaten noch immer vergebens auf ihre Lohnauszahlungen. Der CHS und die *Catholic Church Health Services* (CCHS) fordern gemeinsam vom neuguineischen Gesundheitsministerium die sofortige Freigabe der Gelder für ausstehende Gehälter und Betriebskostenzuschüsse.

Der katholische Bischof Francis Meli fordert darüber hinaus vom Staat die Freigabe der Zuschüsse für alle kirchlich geführten Ausbildungsschulen für Gesundheitspersonal im Zeitraum von 2017 bis 2020. Eine Frist von 15 Werktagen dafür wurde gegeben.

Bischof Meli sprach von einem besonderen Wertesystem und Arbeitsethos der Kirchen, in dem Streik und Arbeitsniederlegung als

das letzte zur Verfügung stehende Mittel gesehen werden, um „*Jandesweit Fairness und Gerechtigkeit für unser Gesundheitspersonal*“ einzufordern.

Sollte den Forderungen der Kirchen nicht entsprochen werden, würden nun alle kirchlichen Gesundheitsmitarbeiter aufgefordert, am 3. Juli 2020 ab 8 Uhr die Arbeit niederzulegen. (*The National* 11.6.20)

Befürwortung einer Internetzensur

Das Kirchenoberhaupt der ELC-PNG, Bischof Rev. Dr. Jack Urame, reagiert auf einen Zeitungsartikel von *The National*, in dem die Notwendigkeit eines Internet-Filtersystems von dem Zensurbüro erhoben wird.

Urame befürwortet diesen Appell uneingeschränkt. Technologie ist hilfreich und dient einem guten Zweck, jedoch tendiere der Mensch zunehmend dazu, die technischen Möglichkeiten für eigene Zwecke zu missbrauchen, erklärte der Bischof der ELC-PNG. „*Die daraus erwachsenden Auswüchse die wir heute sehen, sind destruktiv für unsere Gesellschaft. Verhaltensweisen, die gar nicht mit unseren eigenen sozial-moralischen Standards, unseren kulturellen Werten- und Verhaltensformen und biblischen Prinzipien übereinstimmen etablieren sich immer mehr.*“, kritisierte Dr. Urame.

Ungefilterter Internetzugang eröffnet dem Nutzer Informationen, die sich auf das Leben in der Gemeinschaft zerstörerisch auswirken können. Es obliegt dem jeweiligen Nutzer, sich Zugang zu Inhalten des Internets zu verschaffen. Um eine Erosion des Guten in der Gesellschaft zu verhindern, sollten die zugänglichen Inhalte jedoch gefiltert werden, mahnte Urame weiter an.

„Wir müssen als gute Vorbilder leben und nicht einer Ideologie der ungehinderten individuellen Entfaltungsfreiheit verfallen“, so Urame weiter. Menschenrechte seien gut und sie sollten und müssten diese

unter allen Umständen wahren. Wenn aber Freiheit nicht zum Guten und Nutzen der Menschheit und Gesellschaft beiträgt, so ist sie ethisch verwerflich, so Urame in seinem Statement in der englischsprachigen Tageszeitung. (*The National* 17.6.20)

Übersicht über MAF-Unfälle

14. Februar Eine Cessna 208 Caravan der Fluggesellschaft Mission Aviation Fellowship (MAF) erlitt eine Bruchlandung auf der Miyamin Buschlandepiste, 25 Flugkilometer entfernt von Telefomin in der Sandaun Province. Auf dem aufgeweichten Untergrund verlor der Pilot die Kontrolle über das Flugzeug, in einem ausgleichenden Lenkmanöver versackte der linke Reifen im Schlamm und das Flugzeug legte sich in einer scharfen Linkskehre auf die Seite. Von den 11 Insassen, zwei Piloten und 9 Passagiere, wurde keiner verletzt. (*Accident Investigation Commission (AIC) PNG*)

19. März: Kurz nach 13.00 Uhr des 19. März verunfallte eine Cessna 208 Caravan I der Fluggesellschaft Mission Aviation Fellowship (MAF) bei einer Bruchlandung auf der Yenkisa Buschlandepiste in der Enga Province. Ohne Verletzungen entkamen der Pilot und drei Passagiere dem Unglück. (*Accident Investigation Commission (AIC) PNG*)

12. Mai: Die MAF-Familie trauert über den Tod von Joyce Lin. Am frühen Morgen des 12. Mai verließ sie den indonesischen Flugplatz Sentani (Westpapua) in ihrem Kodiak. Geladen hatte sie verschiedene Güter und Covid-19 Test-Kits für das Dorf Mamit und die dortige Gesundheitsstation im Papua-Hochland. Wenige Minuten nach dem Start meldete sie einen Notfall und stürzte in den Lake Sentani. Joyce konnte später nur noch tot aus dem See geborgen werden. (*hub.maf.org*)

MAF-Reaktion auf Unfälle

Zitat: Wir bedanken uns für Ihre Geduld in diesen von Covid-19 geprägten Zeiten und unseren Bemühungen, unsere Sicherheitsüberprüfungen aufgrund jüngster Vorfälle im Flugbetrieb durchzuführen.

Der Zustand der Flugpisten in ländlichen Gebieten spielt eine erhebliche Rolle bei der Begrenzung unseres Flugbetriebs. Das MAF-Team hat es sich zur Aufgabe gemacht, sämtliche von uns angeflogene Landepisten und Flugplätze akribisch zu inspizieren und anhand der Umfragedaten mit Risikobewertung einen Abschlussbericht zu erstellen.

Diese Risikobewertungen führen dazu, dass wir entscheiden, ob wir eine bestimmte Landebahn weiterhin bedienen können oder nicht.

Die Communities erhalten ein Update über den Zustand ihres Flugplatzes und was gegebenenfalls daran verbessert werden muss, um einen sicheren Flugbetrieb gemäß den Internationalen MAF-Standards aufrecht erhalten zu können. (News.Pngfacts.com 29.06.20)

Antikorruptionsbehörde soll von Ausländer geleitet werden

Gesundheitsminister Jelta Wong schlägt vor, Papua-Neuguineas neue unabhängige Antikorruptionsbehörde *Independent Commission Against Corruption* (ICAC) von einem Ausländer leiten zu lassen. Als Leiter eines Sektors, der durch Korruption behindert wurde, sagte Wong, es sei wichtig, wirklich unabhängig zu sein.

„Wir müssen jetzt auf die dritte Lesung des Parlaments im August warten und sicherstellen, dass die Dinge so eingerichtet werden, dass die Verantwortlichen nicht von anderen Personen gedrängt werden oder dass sie Beziehungen haben“, sagte er. „Ich denke, der erste Kommissar sollte aus einem fremden Land kommen, damit es ein faires und gerechtes System ist“.

Durch einen parlamentarischen Ausschuss war im vergangenen Jahr umfangreiche Korruption im öffentlichen Gesundheitswesen des Landes aufgedeckt worden. Betroffen waren vor allem Zusammenhänge mit der Beschaffung, Lieferung und Verteilung von Arzneimitteln.

Wiederholt wurde von Gesundheitsbeamten berichtet, die Bestechungsgelder von Unternehmen forderten, die an der Verteilung von Arzneimitteln beteiligt waren.

Von den Auswirkungen dieses Skandals sind auch unmittelbar alle kirchlich geführten Krankenhäuser betroffen, die oft über viele Wochen und Monate keinen, oder nur teilweisen, Medikamentennachschub erhalten. (Radio NZ Intern. 08.06.20, eigene Beobachtung)

‘Gute Führung’: Kirche hält Kurs

Nach vielen Jahren unternahm die ELC-PNG erstmals wieder einen Kurs für ‘Gute Führung’. Eingeladen waren alle Bezirkssekretäre zu diesem einwöchigen Training.

Mit Applaus bedankten sich viele der 15 Teilnehmenden aus 17 Distrikten zum Abschluss bei ihrer Kirchenleitung für dieses Angebot. Sie empfanden es als einen wichtigen und hilfreichen Beitrag, um sie in der Erledigung ihrer administrativen Aufgaben begleitend zu stärken und zu fördern.

Der bei der Abschlussfeier anwesende leitende Bischof Dr. Jack Urame erklärte in seiner Rede, der Hintergrund dieses Kurses sei es gewesen, die Mitarbeitenden in ihren Aufgaben zu fokussieren und die Arbeitsabläufe zu profilieren und zu professionalisieren.

“Oft erlebe ich ein nicht gedeihliches Nebeneinander und nicht Miteinander zwischen den Bezirkssekretären und den Bezirkspräsidenten. Das muss sich ändern. Ich erwarte von euch die Umsetzung von dem, was ihr hier in dieser Woche gelernt habt. Auf meinen Besuchen in den Distrikten werde ich danach schauen“, sagte

der Bischof.

Die Leitungsebenen in den Distrikten müssten in Zukunft intensiver zusammenarbeiten. (Post Courier 03.06.20)

Buchtipps

Farewell White Man von Ken Fairweather
ISBN 9780646806396, National Library of Australia

Ken has traveled Papua New Guinea's Highlands and her highways; knows her people and is fluent in Tok Pisin, the country's most commonly used language. His 40-year career has book-ended an era of passionate entrepreneurship, astounding development, and colourful politics, and of deals, always deals.

www.farewellwhiteman.com/

Impressum:
Kein Pressedienst
Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann
Kirchliche Nachrichten: Arnim Doerfer (arnim.doerfer@mission-einewelt.de)
„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.
Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:
ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:
Pazifik
INFORMATIONSSTELLE
und
Mission EineWelt
Gemeinsam für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de